

Bergarbeiter-Zeitung

Organ des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands

Abonnementpreis monatlich 50 Pf., vierteljährlich 1,50 Mk.; durch die Post bezogen monatlich 1,60 Mk., vierteljährlich 4,80 Mk. — Fest- und Versammlungsintrate kosten pro Zeile 25 Pf. — Geschäftsintrate werden nicht aufgenommen.



Verantwortlich für die Redaktion: Theodor Wagner; Druck: H. Hansmann & Co.; Verlag: Verband der Bergarbeiter Deutschlands, sämtlich in Bochum, Wiemelhauser Straße 38-42, Telefon-Nr. 98 u. 89, Telegr.-Adr.: Allverband Bochum

Besprechung im Bergwerksministerium.

Der auf ihre Eingaben betreffend Feuerungszulagen vom Verein der ober-sächsischen Werksbesitzer und vom rheinisch-westfälischen Bechenverband erfolgte ablehnende Bescheid veranlaßte die Vertreter der vier gewerkschaftlichen Bergarbeiterorganisationen, Herrn Sydow, Minister für Handel und Gewerbe, um eine Besprechung über die Lohnfrage im Bergbau zu ersuchen. Dem Ersuchen wurde entsprochen. Die Besprechung fand am 7. Mai im Handelsministerium zu Berlin statt. Der Herr Minister Sydow empfing im Beisein des Herrn Oberberghauptmanns v. Weisen und noch eines Herrn Ressortvertreters die Delegation der vier Gewerkschaftsvorstände.

Nachdem die Arbeitervertreter in eingehender Darlegung die im Anbetracht der starken Lebensmittelpreissteigerungen besonders ungünstige Lohnentwicklung im Bergbau geschildert und ferner mitgeteilt hatten, welche Schritte seitens der Bergarbeiterverbände neuerdings getan worden seien, um ein befriedigendes Verhältnis zwischen Arbeitslohn und Lebenshaltungskosten herbeizuführen, machte der Herr Oberberghauptmann nähere Mitteilungen über die nach seinen Erklärungen nicht durchweg günstige finanzielle Situation der Bergwerksunternehmer. Der Herr Oberberghauptmann berief sich dabei auf seine Erfahrungen in der fiskalischen Bergwerksverwaltung. Gegen diese Ausführungen erhoben die Arbeitervertreter verschiedentlich Einwände und wiesen namentlich auf die ab 1. April sehr erheblich erhöhten Kohlenpreise hin.

Der Herr Minister erklärte zusammenfassend: Er erkenne mit Rücksicht auf die stark verteuerte Lebenshaltung rückhaltlos die Notwendigkeit einer Lohnerhöhung an. Ob die Lohnerhöhung in Form einer Feuerungszulage oder einer Regelmäßigkeitsprämie oder einer anderen Aufbesserung der Bedinge und der Schicht-

löhne erfolge, darüber möchten Meinungsverschiedenheiten grundsätzlicher Natur obwalten. Entscheidend bleibe doch, daß überhaupt Lohnerhöhungen eintreten. Auf den fiskalischen Werken, das wisse er bestimmt, seien die Löhne seit Jahresbeginn im Steigen begriffen und diese Tendenz werde von der Verwaltung weiter gefördert. Soweit er (der Herr Minister) Kenntnis von den Privatbetrieben habe, seien auch dort in den ersten Monaten d. J. die Löhne gestiegen. Vom Monat März liege das definitive Ergebnis der Lohnstatistik der Bergbehörde zwar noch nicht vor, aber nach seiner Ueberzeugung dürfte der Lohnaufgang angehalten haben. Das endgültige Ergebnis der Lohnstatistik für das erste Quartal 1915 bleibe daher abzuwarten.

Die Arbeitervertreter brachten dann auch zur Sprache, daß die von der Militärverwaltung zur Grubenarbeit beurlaubten Bergleute häufig nach Bechen beordert würden, die weit von ihrem Heimatbezirk liegen. Dadurch erwachse den betreffenden Arbeitern und ihren Familien großer wirtschaftlicher Schaden. Der Herr Minister teilte mit, die Angelegenheit sei schon Gegenstand der Erörterung zwischen den verantwortlichen Regierungsstellen gewesen. Die vom Militär beurlaubten Bergleute sollten nun in ihrem Heimatbezirk beschäftigt werden.

Das Ergebnis der Besprechung mit dem Herrn Minister über die Lohnfrage ist also noch nicht als ein endgültiges zu betrachten. Wir fordern unsere Kameraden, namentlich die Arbeiterauschussmitglieder (sämtlicher Bezirke), auf, von dem Verlauf der Ausschusssitzungen, in welchen die Lohnfrage zur Erörterung kam, unverzüglich genauen Bericht an den Verbandsvorstand zu erstatten.

arbeitet, die meisten hatten selbst da noch einen Ueberschuß. Solche Verluste bei einzelnen Werken kommen aber auch in Friedenszeiten vor, sie bilden darum keinen Maßstab zur Beurteilung der allgemeinen wirtschaftlichen Lage der Werke. Im vierten Vierteljahr 1914 sind die Werksüberschüsse, wie schon vorstehende Tabelle beweist, wieder recht ansehnlich geworden. Auch im ersten Vierteljahr 1915 sind die Werksüberschüsse, soweit sie bisher bekannt wurden, recht ansehnlich. Das beweist folgende Gegenüberstellung:

	Förderung im 1. Qu.		Ueberschuß im 1. Quartal in Mark		pro Tonne Förderung
	in Tonnen	absolut	1914	1915	
Mont Ceniz	216026	192325	619 139	670 601	2,87 3,49
Ulser Frey	—	—	283 682	445 777	—
Caroline (Hohwiedede)	49543	42666	90274	75 430	1,82 1,77
Graf Bismarck	—	—	1078 527	714 402	—
Alte Haase	33376	31983	35 014	59 685	1,05 1,87
Swald	—	—	1577 858	611 687	—
König Ludwig	320370	243052	661 698	278 423	2,03 1,14
Mler (Kupferdreh)	—	—	206 732	173 601	—
Königsborn	—	—	776 985	374 989	—
Gotteslegen	44949	35778	40 122	40 141	0,89 1,12
König Wilhelm	—	—	754 839	389 056	—
Johann Deimelsberg	97823	69736	226 802	183 244	2,31 2,63
Friedrich der Große	—	—	792 465	548 404	—
Dorffeld	202 190	141 079	228 145	40 152	1,13 0,28
Constantin der Große	620367	408 658	2555 324	1 113 916	4,12 2,74
Heinrich (Ueberbruch)	53 421	49 763	182 995	188 974	3,43 3,80

Nach dieser Gegenüberstellung beweist, daß die meisten Bechen unter den obwaltenden Verhältnissen schon sehr gut in der Lage wären, eine Mehrbelastung von 50 bis 75 Pf. für die Tonne zu tragen, ohne daß ihnen dadurch jede Verdienstmöglichkeit genommen wird. Nun kommt aber noch hinzu, daß ab 1. April 1915 die Höchstpreise des Kohlenfundaments um 1,25 bis 2,25 Mk., die Verkaufspreise des Syndikats-Kohlenentors sogar bis zu 4 Mk. für die Tonne erhöht worden sind. Wenn tatsächlich die Bewilligung der Feuerungszulage eine Mehrbelastung von 50 bis 75 Pf. für die Tonne verursachen würde, dann bliebe doch den Werksbesitzern zu den bisherigen ansehnlichen Ueberschüssen noch über die Hälfte von der neuen Preiserhöhung als Ertragsgewinn. Da läßt es sich verstehen, wenn in dem Geschäftsbericht der Selsenkirchener Bergwerks-Aktiengesellschaft nach der „Bergwerks-Zeitung“ (Nr. 77 vom 2. April 1915) u. a. gesagt wird:

„Wenn wir auch bis heute an unseren sämtlichen Anlagen im feindlichen Auslande keinen Schaden erlitten haben, so brachten uns doch die Monate August und September Betriebsverluste; ab Oktober hatten wir aber wieder steigende Gewinne. Heute können wir mit vollem Vertrauen in die Zukunft blicken und ausdauern bis zum erfolgreichen, dauernden Friedensschlusse.“

Wenn die Werke bei steigenden Gewinnen mit vollem Vertrauen in die Zukunft blicken und ausdauern können bis zum erfolgreichen, dauernden Friedensschlusse, dann muß das auch den Arbeitern ermöglicht werden durch Bewilligung der gewiß recht bescheidenen Feuerungszulage. Die Werksbesitzer sind dazu um so eher in der Lage, als sie sehr fette Jahre hinter sich haben. In der „Bergarbeiter-Zeitung“ (Nr. 19 vom 9. Mai 1914) haben wir die Betriebsgewinne von 35 großen und kleinen reinen Bechen und 6 großen gemischten Werken (Bechen und Güten) für die Zeit von 1909 bis 1913 zusammengestellt, welche betragen:

	35 reine Bechen	6 gemischte Werke
1909	81 870 740 Mk.	112 034 540 Mk.
1910	85 980 601 „	135 792 415 „
1911	85 927 878 „	159 858 610 „
1912	118 777 711 „	181 278 157 „
1913	144 686 846 „	215 420 874 „
Summa:	511 701 881 Mk.	804 876 105 Mk.

Die Betriebsgewinne der fraglichen 41 Werke betragen mit hin von 1909 bis 1913: 1 316 077 466 Mk., allein im Jahre 1913: 300 105 720 Mk. Die Werksbesitzer hätten also während des Krieges sehr gut etwas zulegen können, ohne sich sonderlich einzuschränken. Sie hätten damit nur ihre immer so stark betonte patriotische Pflicht erfüllt und dann längst noch nicht so große Opfer gebracht, wie Millionen Volksgenossen, die ihr Letztes hergeben und im Felde Blut und Leben einsehen. Die Werksbesitzer haben aus den Ergebnissen der fetten Jahre jedoch nichts zugelegt, dafür aber die Arbeiterlöhne nach Kriegsbeginn weiter erheblich verringert. Obendrein lehnen sie es bei steigenden Gewinnen ab, den Arbeitern die geforderte, nach Lage der Verhältnisse gewiß sehr bescheidene Feuerungszulage zu bewilligen, weil sonst „den meisten Bechen jede Verdienstmöglichkeit“ genommen wird und „derartige schematische Lohnerhöhungen leicht verstärkend auf die Tendenz zur Erhöhung der Preise des Lebensunterhalts wirken“. Statt Entgegenkommen also dieser Spott, und das im Zeichen des Burgfriedens!

Abgelehnt.

Am 17. April hat die Bezirksleitung unseres Verbandes in Halle a. S. den Verwaltungen der im Bezirk liegenden Braunkohle- und Kaliwerke Eingaben durch die Post zustellen lassen, in denen gebeten wurde, die Löhne der verheirateten Arbeiter um 60 Pf. und die der unverheirateten Arbeiter um 40 Pf. pro Schicht zu erhöhen. Begründet waren diese Eingaben mit dem Hinweis auf die herrschende Teuerung und die guten Betriebsüberschüsse. Es sind insgesamt 147 Eingaben versandt worden.

Geantwortet haben bisher auf die ihnen zugestellten Eingaben nur elf Grubenverwaltungen. Aber diese Antworten sind durchaus nicht befriedigend. Nicht der antwortenden Grubenverwaltungen behaupten, sie hätten bereits eine den Feuerungsbedingungen entsprechende Lohnerhöhung eintreten lassen, wovon die von uns befragten, auf den fraglichen Werken beschäftigten Arbeiter aber nichts gemerkt haben. Die Verwaltungen je eines Kaliwerkes und eines Braunkohlenwerkes teilen mit, daß die Werke infolge des Krieges stillgelegt seien. Im übrigen bieten die eingegangenen Antworten nichts besonders Bemerkenswertes. Sie sind höflich gehalten und betonen zum Teil noch, daß die Lage der Werke durchaus nicht so rosig sei, als die Bezirksleitung annimmt.

Eine Ausnahme macht in dieser Beziehung aber die Verwaltung der Braunkohlengrube Marie bei Preußlitz. Diese landte der Bezirksleitung folgendes Schreiben:

„Wir senden Ihnen anliegend das Zirkular vom 17. d. M. zurück mit dem Bemerkten, daß wir gewöhnt sind, derartige Verhandlungen mit unserer Belegschaft direkt zu führen, und daß wir bereits zum kommenden Sonntag die Belegschaft zu einer Besprechung zusammenberufen haben. Was Ihre Ausführungen anbelangen, so können wir nur bemerken, daß es eine irrtümliche Voraussetzung ist, wenn Sie meinen, daß alle Werke in der Lage wären, eine Erhöhung der Löhne zu tragen. Wir können es deshalb nicht, weil die Leistungen des einzelnen Arbeiters von Monat zu Monat zurückgingen und damit die Selbstgehaltungskosten unverhältnismäßig wuchsen. Wir sind deshalb gezwungen, entweder den Betrieb stillzulegen oder uns auf ein Prämiensystem mit der Belegschaft zu verständigen, in der Weise, daß gute Leistungen reichlich bezahlt werden.“

Dieses Schreiben beweist, daß die Werksverwaltung durch den Krieg und seine Begleitumstände nichts gelernt und nichts vergessen hat. Die Arbeiter werden kurzerhand als Faulpelze bezeichnet, die nicht arbeiten wollen und dadurch das Werk ruinieren. Merkwürdig ist aber doch, daß nur die Grube Marie bei Preußlitz „faule“ Arbeiter hat, da im allgemeinen die Arbeiterleistung im Braunkohlenbergbau von Jahr zu Jahr sehr stark gestiegen ist. Im ganzen deutschen Braunkohlenbergbau ist z. B. die Leistung pro Arbeiter von 795 Tonnen in 1900 auf 1123 Tonnen in 1913 oder um 328 Tonnen = 41,3 % gestiegen.

Volkswirtschaftliche Rundschau.

Preistreiberien ohne Ende.

Mit Rohstoffen beginnt es, bei den Fertigfabrikanten hört es auf und dann geht die Reihe nachmalig und nochmals herum, immer unter Berufung auf „erschöpfte Selbstkosten“. Kommt man zu dem Kleinfärmer und Kleinhandwerker, dann sagen uns diese, sie müßten nun auch höhere Preise nehmen, denn Kohle, Eisen, Leder, Holz, Brot, Kartoffeln, Fleisch usw., alles sei teurer geworden. Den „hohen“ Bergarbeiterlöhnen legt man die Preiserhöhungen nicht wenig zur Last. Die Werksbesitzer lassen erklären: „Schematische Lohnerhöhungen verstärken leicht die Tendenz zur Verteuerung der Lebenshaltung!“ Als ob diese Verteuerung nicht sogar bei fallenden Löhnen vor sich gegangen wäre!

Eht mehr Kartoffeln als Brotsehl — so mahnen die Schriftsteller und Rednerinnen unsere Hausfrauen — und laßt sie in der Schale; aber die Kartoffelpreise steigen zu der geradezu unerhörten Höhe von 8 und 9, ja an manchen Orten zu 10 Pf. und mehr pro Pfund. Kocht viel Gemüse — so hieß es mit Recht; kaum aber war dieser Rat ergangen, da schnellten die Preise in die Höhe, und heute zahlt die Hausfrau für Weiß- und Rotkohl 30 bis 50 Pf. für das Stück, der Wirting kostet 25 bis 40 Pf. Welche Krieger- und Arbeiterfrauen können da noch Gemüse als Ergänzung auf den Tisch bringen? Streicht das Brot nicht mit der teuren Butter, sondern mit beliebigem Öl — aber die Kochpfel kosten 25 bis 40 Pf., und die angeblüh in überreicher Fülle vorhandenen Pfirsichen 5, 10 und mehr Pfennig das Stück, und weitere Preissteigerungen sind angefündigt. Die Marmeladen sind ebenfalls bedeutend im Preise gestiegen. Wo ist die Arbeiterfrau, die bei solchem Preise das in vielen Versammlungen hochgepreispene Apfelkuchenlegenessen kann?

Legt auch Fleischdauernware ein! — Kaum war die Mahnung ergangen, da schnellten die ohnedies schon gefallenen Schweinepreise trotz reichlichem Auftrieb zu schleichthin schwindelnder Höhe empor.

Wertsgewinne in der Kriegszeit.

In seiner ablehnenden Antwort auf die Eingabe der Verbände um Bewilligung einer Feuerungszulage von 60 Pf. pro Schicht für verheiratete und von 40 Pf. für unverheiratete Arbeiter hat der Bechenverband u. a. auch ausgeführt:

„Gegen die Bewährung einer Feuerungszulage sprechen nach den Ausführungen, die uns von Bechenverwaltungen zugesandt sind, grundsätzliche Bedenken schwerwiegender Art.“

Die beantragte Zulage von 40 bis 60 Pf. für die Schicht würde die Förderung etwa um 50 bis 75 Pf. für die Tonne verteuern, bei der großen Ungleichheit in der finanziellen Leistungsfähigkeit der einzelnen Bergbaugesellschaften unseres Bezirkes den meisten Bechen jede Verdienstmöglichkeit nehmen und vollends nicht zu tragen sein von solchen Werken, die jetzt schon mit Verlust arbeiten...

Schließlich ist es eine bekannte Tatsache, daß derartige schematische Lohnerhöhungen leicht verstärkend auf die Tendenz zur Erhöhung der Preise des Lebensunterhalts wirken.“

Die Behauptung, eine Feuerungszulage von 40 bis 60 Pf. würde „den meisten Bechen jede Verdienstmöglichkeit nehmen“, steht mit den bekannt gewordenen Betriebsergebnissen nicht im Einklang. Das beweist schon folgende, in Nr. 12 der „Bergarbeiter-Zeitung“ vom 20. März 1915 veröffentlichte Gegenüberstellung:

	Förderung im 4. Qu.		Ueberschuß im 4. Quartal in Mark		per Tonne Förderung
	1913	1914	1913	1914	
Graf Bismarck	512 223	346 019	1 120 470	713 021	2,19 2,06
Caroline (Hohwiedede)	48 246	36 599	52 976	30 783	1,10 0,84
Johann Deimelsberg	102 271	72 899	240 248	184 427	2,34 2,58
Alte Haase	33 881	31 762	63 956	30 214	1,89 0,96
König Wilhelm	288 730	238 202	694 466	704 859	2,41 2,96
Dorffeld	224 190	189 881	391 566	100 146	1,75 0,72
Constantin der Große	688 825	440 003	2 365 362	1 002 720	3,73 2,28
Mont Ceniz	216 050	176 337	446 141	430 526	2,06 2,44
Mler (Kupferdreh)	79 204	62 614	227 738	245 710	2,88 3,92
Gotteslegen	47 107	37 316	42 635	40 267	0,90 1,08
Heinrich (Ueberbruch)	52 254	46 684	201 781	162 653	3,86 3,48
Schürbank u. Charlottenburg	52 971	50 132	30 247	35 130	0,57 0,70
Lothringen	271 210	192 615	920 124	388 671	3,30 2,02
Rangendrahm	—	131 930	—	490 088	— 3,71
Kraupe (Stilfede)	35 833	26 319	40 655	76 181	1,13 2,89
Wanzenburg	81 406	28 615	37 963	37 265	1,21 1,30

Das sind in Anbetracht der ganzen Verhältnisse recht ansehnliche Gewinne, die schon bei den meisten Werken eine Mehrbelastung von 50 bis 75 Pf. für die Tonne sehr wohl zulassen; selbst die „Deutsche Bergwerks-Zeitung“ (Nr. 38 vom 14. Februar 1915) schreibt:

„Die Ueberschüsse sind im 4. Vierteljahr 1914 gegenüber dem 3. überall wieder gewachsen und zwar bei den meisten recht ansehnlich. Uebrigens ist bemerkenswert, daß selbst im schlimmsten Vierteljahr, im 3., nur drei oder vier Gewerkschaften mit direktem Verlust gearbeitet haben; die meisten hatten selbst in diesem Vierteljahr noch einen, wenn auch ganz erheblich verkleinerten Ueberschuß. Inzwischen ist die Nachfrage nach Kohlen anhaltend recht stark, so daß es schwer fällt, den Bedarf im Inlande zu befriedigen, geschweige denn die ausländische Rundschau, insbesondere auch Holland, zu versorgen.“

Also nur drei oder vier Werke haben selbst im schlimmsten Vierteljahr, dem dritten, mit direktem Verlusten ge-

Obt Eier an Stelle des Fleisches — ein sehr schmeckliches Kunststück, wenn das Ei 12 Pf. und mehr kostet.
Roht Seefische — gewiß eine kostwertige und schmackhafte Nahrung; wenn nur nicht die Seefische fast auf das Doppelte ihres früheren Preises gestiegen wären.
 So ruft und kauft man von allen Seiten am mageren Geldbeutel der Konsumenten. Der Konsument aber trägt in Geduld und Fassung sein Kreuz durch dieses kriegerische Jammermal.
 Nach solchen Erfahrungen — wie sagen es ungern — wirken die Sparmaßregeln auf die Minderbemittelten wie Dohn, und auch mancher gute und beherzigte Vorkauf läßt sich auf kaltes Mißtrauen. So werden trotz aller unbestreitbaren Vorteile der Nothilfe viele Hausfrauen sagen: „Wo Schmalhans Küchenmeister ist, da braucht es nicht erst der Nothilfe, um zu sparen!“

Soziales Recht — Arbeiterversicherung.
Merktblatt für die Hinterbliebenen toter Kriegsteilnehmer.

Das Kriegsministerium hat folgendes Merktblatt für die Hinterbliebenen der Gefallenen oder infolge von Wunden und sonstigen Kriegsbeschädigungen gestorbenen Teilnehmer am Kriege 1914/15 herausgegeben:

A. Gnabengebührnisse.

1. Hinterläßt ein gefallener ufm. Kriegsteilnehmer eine Witwe oder Ehegatte oder legitimierte Wöchnerin, so werden für einen gewissen Zeitraum nach dem Tode des Kriegsteilnehmers Gnabengebührnisse gewährt.
2. Gnabengebührnisse können auch gewährt werden, wenn der Verstorbene Verwandte der aufsteigenden Linie, Geschwister, Geschwisterkinder oder Pflegekinder, deren Ernährer er ganz oder überwiegend gewesen ist, in Bedürftigkeit hinterläßt, oder auch, soweit der Nachlaß nicht ausreicht, um die Kosten der letzten Krankheit oder Beerdigung zu decken.
3. Der Antrag auf Zahlung der Gnabengebührnisse ist entweder an diejenige selbstverwaltende Körperschaft, zu deren Geschäftsbereich der Truppenteil ufm. des Verstorbenen gehört oder an das für den Wohn- oder Aufenthaltsort zuständige Bezirkskommando zu richten. Letzteres sorgt dann für die Weitergabe. An Belegstücken sind dem Antrage beizufügen:
 - a. eine Bescheinigung des Truppenteils ufm. über die Höhe des Gnabengebührnisses oder der Gnabengebührnisse des Verstorbenen und über die Dauer der Empfangsberechtigung,
 - b. eine militärisch beglaubigte Bescheinigung über den Tod des Kriegsteilnehmers,
 - c. in den Fällen zu 2 außerdem eine amtliche Bescheinigung über den Verwandtschaftsgrad und das Verhältnis zum Verstorbenen.
 Männliche Bescheinigungen der zu a und b erwähnten Art nicht gleich beigebracht werden, so sind bestimmte Angaben über den Dienstgrad, die Dienststellung und den Truppenteil oder die Behörde des Verstorbenen erforderlich und als Ausweise über den Tod die in Händen der Unterglieder befindlichen Mitteilungen der Truppenteile ufm., Auszüge aus Kriegsangelegenheiten oder Kriegsanwaltschaften, Todesanzeigen und Nachrufe der Truppenteile und Behörden in Militär-Wochenblatt oder in sonstigen Zeitungen und Zeitschriften beizufügen. Auch ein Einweis auf die Nummer der amtlichen Verlustlisten würde genügen.
 Auf Antrag stellt das Zentralnachweisedeureau des Kriegsministeriums in Berlin NW. 7, Dorotheenstr. 48, besondere Todesbescheinigungen aus.

B. Versorgungsgebührrnisse.

4. Nach Ablauf der Gnabengebührnisse erhalten die Witwe und die Kinder — letztere bis zu 18 Jahren — Witwen- und Waisengeld, sowie Kriegs- wittwen- und Kriegswaisengeld.
5. Der Antrag auf Bewilligung der Versorgungsgebührrnisse zu 4 ist an die Ortspolizeibehörde des Wohnortes oder anlässlich des Krieges gewählten Aufenthaltsortes zu richten.
 An Belegstücken sind beizufügen:
 - I. die Geburtsurkunden der Eheleute (können wegfallen, wenn die Geburtsurkunde aus der Eheurkunde ersichtlich sind oder wenn nur Waisen- und Kriegswaisengeld beantragt wird oder wenn die Ehe über 9 Jahre bestanden hat);
 - II. die Eheurkunde oder, wenn Waisen aus mehreren Ehen versorgungsberechtigt sind, die betreffenden Eheurkunden (Geburts- und Eheurkunden der vor dem 1. April 1887 verheirateten, bei der preussischen Militär-Witwenkasse versicherten Offiziere und Beamten befinden sich in der Regel bei der Generaldirektion der preussischen Militär-Witwenpensionsanstalt in Berlin W. 66, Leipzigerstr. 5);
 - III. die standesamtliche Urkunde oder an ihrer Stelle andere Nachweise (Bescheinigung des Truppenteils, Weildienstschreiben des Kommandeurs, der Kompagniechefs ufm. über das Ableben

- des Ehepartners und, falls die versorgungsberechtigten Kinder auch ihre leibliche Mutter verloren haben, noch die standesamtliche Urkunde über das Ableben der Ehefrau);
- IV. die standesamtliche Geburtsurkunde für jedes versorgungsberechtigte Kind unter 18 Jahren;
 - V. die amtliche Bescheinigung darüber, daß
 - a. die Ehe nicht rechtskräftig geschieden oder die eheliche Gemeinschaft nicht rechtskräftig aufgehoben war (kann wegfallen, wenn in der Sterbeurkunde die Ehefrau des Verstorbenen mit ihrem Ruf-, Mannes- und Geburtsnamen als dessen Witwe bezeichnet), oder die Eheurkunde nach dem Tode des Ehepartners ausgestellt ist,
 - b. die Mädchen im Alter von 16 Jahren und darüber nicht verheiratet (oder verheiratet gewesen) sind,
 - c. keine der Kinder im Alter von Beginn des 6. bis zum vollendeten 12. Lebensjahre oder vor von ihnen in die Anstalten des Reichsanwaltschaftlichen Militärwaisenhauses aufgenommen ist (für Kinder von Offizieren und höheren Beamten überhaupt nicht erforderlich);
 - VI. die gerichtliche Bestallung des Vormundes oder Pflegers;
 - VII. Außerdem ist in dem Antrag anzugeben,
 - a. ob und wo der Verstorbene als Beamter im Reichs-, Staats- oder Kommunaldienste, bei den Versicherungsanstalten für die Invalidenversicherung oder bei städtischen oder solchen Instituten angestellt war, die ganz oder zum Teil aus Mitteln des Reichs, Staates oder der Gemeinden unterhalten werden,
 - b. der zukünftige Wohnsitz der Witwe.

C. Kriegseiterngeld.
 6. Den Verwandten der aufsteigenden Linie (Vater und jeder Großvater, Mutter und jede Großmutter) kann für die Dauer der Bedürftigkeit ein Kriegseiterngeld gewährt werden, wenn der verstorbene Kriegsteilnehmer

- a. vor Eintritt in das Feldheer oder
- b. nach seiner Entlassung aus diesem zur Zeit seines Todes oder bis zu seiner letzten Krankheit ihren Lebensunterhalt ganz oder überwiegend bestreiten hat.

 Der Antrag ist ebenfalls an die Ortspolizeibehörde des Wohnortes oder des anlässlich des Krieges gewählten vorübergehenden Aufenthaltsortes zu richten. Ihm ist eine standesamtliche Sterbeurkunde über den Gefallenen ufm. oder, falls eine solche noch nicht zu erlangen ist, ein Ausweis der zu 3 bezeichneten Art beizufügen.
 An Stelle der gebührrspflichtigen Auszüge aus den Standesregistern sind Bescheinigungen in abgekürzter Form (nicht Abschriften) zulässig, die in Preußen unter Siegel und Unterschrift des Standesbeamten kostenfrei ausgestellt werden, die entscheidenden Tatsachen ergeben und die maßgebenden Daten in Auszügen ausgeführt enthalten. Hinterbliebene von Zivilbeamten haben sich an die letzte vorgesezte Behörde des Verstorbenen zu wenden.

Ausdehnung der Wochenhilfe während des Krieges.

Die Wochenhilfe ist durch Verordnung des Bundesrats vom 23. April erweitert worden; sie wird nun von diesem Tage ab allen Wöchnerinnen gewährt, deren Ehemänner Kriegsdienste leisten und minderbemittelt sind. Wöchnerinnen gelten als minderbemittelt, wenn sie die Kriegsunterstützung erhalten, oder ferner, wenn das Gesamteinkommen der Familie in dem Jahre vor dem Dienstetritt den Betrag von 2500 Mk. nicht übersteigt hat, oder das der Wöchnerin nach dem Dienstetritt des Ehemannes verbliebene Gesamteinkommen höchstens 1500 Mk. und für jedes schon vorhandene Kind unter 15 Jahren höchstens weitere 250 Mk. beträgt. Die Wochenhilfe wird auch für das uneheliche Kind solcher Kriegsteilnehmer gewährt. Die Höhe der zu leistenden Beträge ist im einzelnen genau so bemessen, wie bei der jetzt bestehenden Wochenhilfe. Mit dieser neuen Verordnung ist die Wochenhilfe ausgedehnt auf die Frauen von Handwebern, kleinen Geschäftsbetreibenden ufm. Die Auszahlung erfolgt, sofern die Wöchnerin Krankenkassemittglied ist, durch diese, im anderen Falle auf Antrag durch die Kommission des Versorgungsverbandes.
 Die Wochenhilfe ist nun auch rückwirkend ausgedehnt auf alle Entbindungsfälle, die seit Beginn des Krieges eingetreten sind. Die Kommission des Versorgungsverbandes (von der die sonstige Kriegsunterstützung gezahlt wird), kann auf Antrag für alle diese Entbindungsfälle, die vor dem 3. Dezember 1914 lagen, eine einmalige Unterstützung zuschlagen. Diese darf höchstens 50 Mk. in keinem Falle oder mehr betragen, als der Ausfall an Wochenhilfe, der dabei infolge des späteren Inkrafttretens der Bekanntmachungen entfallen ist. Voraussetzung ist, daß die Wöchnerin sich infolge der Ausgaben für das Wochenbett oder die Ernährung und Pflege des Säuglings in bedrängter Lage befindet. Dies ist unumstößlich dann anzunehmen, wenn die Wöchnerin noch die Kosten für die Hilfe des Arztes oder der Hebamme, für Arzneien und Stärkungsmittel oder für Ernährung des Säuglings schuldet. Der Antrag ist, wenn die Wöchnerin einer

Krankenkasse angehört, bei dieser, im anderen Falle bei der Kommission des Versorgungsverbandes zu stellen, in dessen Bezirk die Wöchnerin wohnt.
 Das Reich erstattet dem Versorgungsverbande vierteljährlich nach Näherbestimmung des Reichsanzlegers die Leistungen, die sie nach diesen Vorschriften zu machen haben.

Nachrichten aus der Montanindustrie.
Kohlenproduktion Deutschlands im Jahre 1914.

Endlich veröffentlicht der „Reichsanzeiger“ die Gesamtwerte der Kohlenförderung, Koks- und Bricketfabrikation in Deutschland 1914 und gibt dazu die vorjährigen Vergleichszahlen. Die Veröderung ist hinreichend durch die Kriegszeit erklärt. Wir lassen die Uebersicht folgen:

	Steinkohlen	Braunkohlen	Koks	Preßkohlen aus Steinkohlen	Preßkohlen aus Braunkohlen (auch Maßpreßkohlen)
	Tonnen	Tonnen	Tonnen	Tonnen	Tonnen
Oberbergamtsbez.:					
Breslau	42 027 034	1 604 454	2 814 095	488 047	428 224
Halle a. S.	—	45 151 193	152 132	80 697	11 544 123
Glauchau	680 582	976 021	138 020	76 030	121 978
Dortmund	94 742 520	—	20 558 088	4 277 709	—
Wonn	15 599 008	19 601 091	2 074 957	97 045	5 448 561
Preußen	158 000 102	17 428 681	20 787 887	4 974 484	17 582 880
Im Vorjahr	181 248 277	70 255 724	32 010 682	5 768 627	17 604 658
Verginspektionsbz.:					
München	—	701 170	—	—	—
Bayreuth	8 159	809 520	—	—	92 607
Zweibrücken	651 572	—	—	—	—
Bayeru	659 881	1 600 690	—	—	92 607
Im Vorjahr	810 597	1 895 495	—	—	—
Verginspektionsbz.:					
Zwickau I u. II	2 228 310	—	45 182	29 170	—
Stollberg i. G.	2 111 787	—	—	11 405	—
Dresden	496 241	1 820 051	11 022	24 780	172 601
Leipzig	—	4 968 405	—	—	1 870 078
Sachsen	4 836 338	6 298 056	56 154	65 400	1 548 064
Im Vorjahr	5 470 516	6 810 403	65 295	65 140	1 408 755
Baden	—	—	—	610 811	—
Hessen	—	402 453	—	102 506	42 888
Wraunschw.	—	2 284 472	—	—	618 285
Sachsen-Altenb.	—	4 798 843	—	—	1 408 141
Anhalt	—	1 810 278	—	—	150 429
Meißn. u. N.	—	10 444	—	—	—
Ueßn.-Doberl.	2 857 870	—	147 486	171 044	—
Ueßn.-Doberl.	175 678	—	888 180	18 674	—
Deutsches Reich	161 585 224	83 040 906	27 824 712	5 948 920	21 448 600
Im Vorjahr	191 511 154	87 116 843	32 187 716	5 823 776	21 417 970

Danach weist die Erzeugung von Steinkohlen gegen das Vorjahr ein Minus von 29,98 Mill. Ton. = 18,7 Proz. auf, von Braunkohlen ein Minus von 3,17 Mill. Ton. = 3,94 Proz., von Koks ein Minus von 4,85 Mill. Ton. = 15,1 Proz. Die Produktion an Preßkohlen aus Steinkohlen geht um 0,12 Mill. Ton. über die vorjährige hinaus und die aus Preßkohlen bleibt nur unbedeutend hinter der vorjährigen zurück. Da der größte Teil der Ausfuhr während der Kriegszeit unterbleiben mußte, verminderte sich dementsprechend das Minus der dem Inlande zur Verfügung stehenden Brennstoffmengen.

Jahresbericht des rhein.-weßf. Kohlenyndikats für 1914.

Der Mitgliederstand hat sich während des abgelaufenen Geschäftsjahres nicht verändert. In Kohlen betrug die Gesamtbeteiligung, das ist die Summe der den einzelnen Syndikatsmitgliedern zuzurechnenden Beteiligungsziffern, Ende 1913: 88 383 200 Tonnen, Ende 1914: 88 588 200 Tonnen, mithin Ende 1914 200 000 Tonnen mehr = 0,23 v. H. Die rechnungsmäßige Beteiligung betrug im Jahre 1913: 84 115 905 Ton., im Jahre 1914: 88 583 200 Tonnen, mithin 1914: 4 467 295 Tonnen mehr = 5,31 v. H. Im Jahresdurchschnitt hat der Absatz in Kohlen 78 v. H. (im Vorjahr 97,58 v. H.) der rechnungsmäßigen Beteiligung betragen. Die Kohlenförderung der im Syndikat vereinigten Bezüge betrug 1913: 101 652 297 Ton., 1914: 84 899 016 Ton., 1914 also 16 842 881 Tonnen weniger = 16,57 v. H. Der Verband über die Rheinprovinz hat an dem allgemeinen Rückgange des Absatzes teilgenommen. Es

Die Eigenschaften der Metalle.

Von Th. Wolff (Friedenau).

III.

Die Legierungen.

Wir erwähnten bereits wiederholt, daß die Eigenschaft eines Metalles, insbesondere auch alle für seine technische Bearbeitung und Verwendung wichtigen Eigenschaften, durch Legierung mit anderen Metallen eine ganz wesentliche Aenderung erfahren können. Die Legierungen sind daher ein besonders wichtiges Kapitel der praktischen Metalltechnik, da man durch geeignete Legierungen zahlreiche Metallstoffe erhalten hat, die sich für die Technik nach vieler Hinsicht als praktisch wertvoller und vorteilhafter erweisen haben als die reinen Metalle. Daher wird ein Metall fast immer zum weitläufigeren Teil nur in Form von Legierungen und nur zum kleineren Teil in reinem Zustande verarbeitet. Eine Ausnahme macht dieser Hinsicht machen nur die beiden Metalle Eisen und Platin, die zum größeren Teile in reinem oder doch nahezu reinem Zustande und nur zum geringeren Teile in Legierungen verarbeitet werden. Art, Eigenschaften und Zusammenstellung der Legierungen ist das Ergebnis der praktischen Erfahrung der Metallkünstler.

Der wichtigste und wertvollste Vorteil, den die Legierungen gegenüber den reinen Metallen für die Technik ausweisen, besteht in ihrer größeren Härte sowie auch in ihrer größeren Widerstandsfähigkeit gegenüber dem Sauerstoff der Luft, mit dem sie sich viel weniger leicht wie die reinen Metalle verbinden, so daß sie auch viel weniger schädlichen Veränderungen durch Oxydation ausgesetzt sind. Selbstverständlich gilt letzteres nur von den unedlen Metallen, da die Edelmetalle ja überhaupt nicht oxydieren.

Von größter Wichtigkeit für die Technik sind insbesondere die Legierungen des Kupfers, die sich sämtlich durch eine wesentlich größere Härte und Widerstandsfähigkeit an der Luft als das reine Metall auszeichnen. Das reine Kupfer ist ein sehr dehnbares Metall, besitzt jedoch keine große Härte und oxydiert leicht, indem es den bekannten Grünspan bildet; auch läßt es sich schlecht gießen, da es nicht dünnflüssig genug ist und in der Form steigt, sich ausbläht und Blasen bildet. Von diesen Nachteilen frei ist das Messing, eine Legierung des Kupfers mit Zink, die aus 60 bis 70 Prozent Kupfer und 30 bis 40 Prozent Zink besteht. Messing ist bedeutend härter wie reines Kupfer; zeigt viel weniger Neigung zu Grünspanbildung, schmilzt leichter und ist dünnflüssiger wie dieses, ohne Blasen zu werben, und läßt sich fast so gut wie Eisen schmieden, hämmern, walzen und strecken; seine sehr schöne goldgelbe Farbe, sein Glanz und seine Polierfähigkeit sind weitere Vorzüge. Dieser wertvollen Eigenschaften wegen wird Messing vielmehr wie reines Kupfer verarbeitet und es hat sogar nächst dem Eisen die weiteste Anwendung unter allen Metallen gefunden. Messing, das nur aus Kupfer und Zink besteht, hat den Nachteil, bei der Bearbeitung die Werkzeuge zu verschleimen und sich daher nur sehr schwer feilen zu lassen; durch Zusatz von 1 bis 2 Proz. Blei wird dieser Nachteil jedoch behoben. Messing dieser Zusammenstellung läßt sich nur kalt bearbeiten, da es in der Notwendigkeit spröde wird, durch einen geringen Zusatz von Eisen, etwa 2 Prozent, erlangt es jedoch auch gute Schweißbarkeit für Hotgut. Diese Zusammenlegung ist das Gieß- oder Sterrometall, auch Muntmetall genannt, das aus 58 Teilen Kupfer, 40 Teilen Zink und 2 Teilen Eisen besteht und sich durch hohe Festigkeit und Zähigkeit auszeichnet, daher viel für Gießzwecke verwandt wird. Ähnlicher Art ist auch das Delta-Metall, das aus 56 Teilen Eisen (oder auch Mangan) und 2 Teilen

blei besteht, sich heiß und kalt walzen, schmieden, austanzen, pressen und zu Draht ausziehen läßt, nicht rostet und seiner Widerstandsfähigkeit gegen die Einwirkung des Gruben- und Seewassers wegen viel zu Schiffsbefehlungen, Schiffsschrauben, Maschinenteilen und Werkzeugen verarbeitet wird. Durch einen geringen Zusatz von Aluminium wird die Zähigkeit, Festigkeit und Gußfähigkeit der Legierung noch erhöht; dieser Art und Zusammenlegung ist das Duranometall, das zu Fassonzug verarbeitet und auch viel zu Stangen und Blechen ausgenutzt wird. Messing mit sehr hohem Zinkgehalt, 50 bis 80 Proz., heißt Weißmessing und hat bläugelbe bis nahezu silberweiße Farbe, ist sehr spröde, läßt sich jedoch gut gießen. Die Legierung von 80 Teilen Kupfer und 20 Teilen Zink hingegen, die von dunkler rötlicher Farbe ist, heißt Tombak oder Rotguss; das Metall hat meistens noch einen geringen Gehalt von Blei oder Zinn, durch den seine Gußfähigkeit und Schweißbarkeit erhöht wird, und soll zuerst von den Siamesen hergeleitet worden sein, denen die Legierung auch ihren Namen verdankt.

Die Legierungen des Kupfers mit Zinn heißen Bronzen. Die Bronzen sind die ältesten Metalllegierungen, die die Geschichte der Metalltechnik kennt, und wurden nicht nur schon im Altertum, sondern selbst schon in vorgeschichtlicher Zeit hergeleitet und an Stelle des viel weniger festen und widerstandsfähigen Kupfers verarbeitet, wie zahlreiche aus jenen Zeiten herrührende Funde von Waffen, Geräten und Schmudgegenständen aus Bronze beweisen. Die Bronzen sind durchweg sehr hart, etwa dreimal so hart wie Kupfer, sehr fest, widerstandsfähig und auch immer von hoher Politurfähigkeit; ihre Farben sind immer bedeutend heller als die des Kupfers und schwanken zwischen dunkelgelb und weißgelb, sind aber immer von sehr schönem Ton. Die Bronzen lassen sich durchweg vorzüglich gießen und sind ein hochgeschätztes Material der Metallgießerei. Die Legierung aus 80 Teilen Kupfer und 20 Teilen Zinn, Glockenmetall, Glockengut oder Glockenspeise genannt, ist ihrer hohen Klangfähigkeit wegen das wichtigste Material der Glockengießerei; eine andere Glockenspeise besteht aus 60 Teilen Kupfer und 40 Teilen Zinn. Eine Legierung von 90 Teilen Kupfer und 10 Teilen Zinn, die sich durch große Zähigkeit, Elastizität, Härte und Widerstandsfähigkeit gegen chemische Einwirkungen auszeichnet, wird als Kanonengut bezeichnet und ist das wichtigste Material der Geschützfabrikation. Die Kunstbronzen dagegen, die zur Herstellung von kunstgewerblichen Gegenständen, plastischen Figuren, Bildsäulen, Wästen, Ornamenten, Zuggegenständen ufm. verwandt werden, bestehen aus etwa 87 Teilen Kupfer, 7 Teilen Zinn, 3 Teilen Zink und 3 Teilen Blei, zeichnen sich durch ihre hervorragende schöne rötlich-gelbe Farbe aus, die an der Luft noch einen warmen braunen Ton annimmt, und erhalten überdies bei längerem Stehen an der Luft einen prachtvollen grünen Ueberzug, Patina oder Edekratz genannt, der die edle und künstlerische Wirkung der Bronzefiguren noch bedeutend erhöht.

Von großer Wichtigkeit für rein technische Zwecke sind endlich die Magnesiumbronzen, die zum Teil aus 85 Teilen Kupfer, 10 Teilen Zinn und 5 Teilen Zink (weiche Lagerbronze) bestehen, sich sehr gut gießen lassen, sehr hart, fest, polierfähig, dabei aber auch sehr spröde und nur wenig hämmern- und walzbar sind und im Maschinenbau überall dort an Stelle des wohlfeileren Eisens verwandt werden, wo dieses durch Abnutz oder sonstige zerstörende Einwirkungen zu schnell zerfällt oder abgenutzt sein würde. Eine sehr wichtige neuere Legierung, ebenfalls speziell für technische Zwecke, ist die Aluminiumbronze, die aus 80—98 Teilen Kupfer und 2—20 Teilen Aluminium besteht und sich durch ganz außerordentliche Festigkeit auszeichnet, die größer als die der meisten anderen Metalle, auch diejenige des Stahls, ist; das Metall findet im Maschinenbau ausgedehnte Anwendung für

die Herstellung von Zahnrädern, Zahnstangen, Kolben, Ventilen, Kolbenpletern von Dynamomaschinen sowie allen sonstigen Teilen, die hoher Beanspruchung ausgesetzt sind.

Eine Bronze, die aus 88 Teilen Kupfer, 10 Teilen Aluminium und 2 Teilen Silizium besteht, heißt ihrer besonders großen Härte wegen Diamantbronze. Als Siliziumbronze endlich wird das Metall der Drähte der Telephon- und Telegraphenleitungen sowie auch der Oberleitungsdrähte der elektrischen Straßen- und sonstigen Bahnen bezeichnet, die aus reinem Kupfer mit einem ganz geringen Gehalt, etwa 1/2 bis 1/4 Prozent, Silizium besteht. Dieser geringe Siliziumgehalt genügt, um dem Kupfer große Härte zu verleihen, ohne welche das Metall bei der hohen Beanspruchung, der es bei dieser Verwendung ausgesetzt ist, zu leicht und schnell abgenutzt würde. Der Siliziumgehalt hat allerdings den Nachteil, daß er die elektrische Leitfähigkeit des Kupfers ganz wesentlich beeinträchtigt, doch kennt man kein anderes Mittel, um den Drähten die notwendige Härte und Widerstandsfähigkeit für solche wie die genannten Zwecke zu verleihen und muß diesen Nachteil daher mit in den Kauf nehmen.

Unter den zahlreichen sonstigen Legierungen des Kupfers sei noch das Neufilber genannt, das aus 50 bis 60 Teilen Kupfer, 12 bis 33 Teilen Nickel und zum Rest aus Zinn besteht, sich durch hohe Festigkeit und Härte und große Widerstandsfähigkeit gegen die chemische Einwirkung der in Speisen und Getränken enthaltenen Stoffe auszeichnet und dieser Eigenschaften sowie auch seiner schönen silberähnlichen Farbe wegen wie echtes Silber vielfach zu Trink- und Speisegeräten verarbeitet wird. Ähnlich nach Art, Zusammenlegung und Eigenschaften sind auch Alpakka, Alfenide und Argenta, alles Legierungen von hoher Festigkeit und schöner silberähnlicher Farbe, die in der Bijouterie- und Metallwarenfabrikation ausgedehnte Verwendung finden. Erwähnt sei noch, daß unsere Kupfermünzen nicht aus reinem Kupfer, sondern zum Teil nur aus 95 Teilen Kupfer und zum Rest aus Zinn mit etwas Zinkzusatz bestehen.

Von Wichtigkeit sind auch die Legierungen des Nieses. Das Nies ist in reinem Zustande zu weich und daher für die meisten technischen Zwecke ungeeignet, erlangt jedoch durch die Legierung mit Antimon und Zinn bedeutende Härte und wird in dieser Zusammenlegung als Hartblei bezeichnet. Zumeist besteht die Legierung aus 60 bis 80 Teilen Nies, der Rest zur Hälfte aus Zinn, zur anderen Hälfte aus Antimon. Auch das Schriftgießmetall, zumeist Letternmetall genannt, ist eine Nieslegierung. Letternmetall muß leicht schmelzbar sein, da die Lettern gegossen werden, es muß auch die Form genau ausfüllen, damit die Buchstaben scharf werden, darf dabei aber nicht zu spröde sein, da es sonst unter dem Druck der Presse leicht brechen oder springen würde. Diese Bedingungen erfüllen eine Anzahl Hartbleilegierungen, die zu 55 bis 80 Teilen aus Nies, 15 bis 25 Teilen aus Antimon und 0 bis 12 Teilen aus Zinn bestehen.
 Endlich seien auch noch die Legierungen der Edelmetalle, Gold und Silber, erwähnt. Beide Metalle werden in reinem Zustande überhaupt nicht verarbeitet, da sie in diesem Zustande zu weich sind und sich zu leicht abnutzen würden, ein Uebelstand, der angesichts des hohen Wertes dieser Metalle besonders schwer ins Gewicht fallen würde. Daher ist Gold stets mit Silber, Kupfer oder mit beiden, Silber stets mit Kupfer legiert. Die wichtigsten für Schmudfachen verarbeiteten Goldlegierungen sind das 18karätige Gold, das zu 75 Prozent aus Gold besteht, das 14karätige Gold, das 58,5, und das 8karätige Gold, das nur etwa 34 Prozent Gold enthält und zum Rest aus Kupfer und Silber besteht und die Bezeichnung „Gold“ nur noch in sehr beschränktem Sinne verdient. Die deutschen, französischen, schweizerischen, italienischen, griechischen, spanischen, amerikanischen und chinesischen

Schiffsbau an Kohlen, Holz und Weizen von den Duisburg-Auhrorter Häfen und den Weizenhäfen Rheinpreußen, Walfium und Schwelgern belief sich insgesamt auf 10 745 358 Tonnen gegen 21 460 158 Tonnen im Vorjahre. Ein Teil der sonst in den Ruhr- und Rheinhäfen verladenen Mengen ist auf den im Juli 1914 dem Betrieb übergebenen Rhein-Deine-Kanal übergegangen. Insgesamt sind auf dem Rhein-Deine-Kanal in den Monaten Juli bis Dezember 870 917 Tonnen, auf dem Dortmund-Ems-Kanal im Jahre 1914: 1 246 335 Tonnen gegen 1 636 144 Tonnen im Vorjahre abgefahren worden. Die Bilanz für das Geschäftsjahr 1914 schließt ab im Vermögen und in den Verbindlichkeiten mit 114 718 000 M. und in der Gewinn- und Verlustrechnung mit 8 887 702 M.

Betriebsergebnisse Steigerländer Erzgruben.

Die Bergengewerkschaft Pannenberg Eisenzug hatte 1914 bei 159 758 Tonnen Förderung (1913: 185 705) einen Ueberschuß von 688 524 M., wovon 500 000 M. als Ausbeute verteilt werden. Das sind über 3 M. Miteingewinn pro Tonne!

Die Bergengewerkschaft Storch und Schöneberg bei Kirchen (die größte Steigerländergrube) hatte

	1913	1914
Förderung	278 925 To.	218 571 To.
Verband	280 811	181 166
Ueberschuß: Abschreibungen	602 882 M.	532 252 M.
Ausbeute	874 400	280 800

Das sind für 1914 noch fast 4 M. Bruttoüberschuß pro Tonne Förderung. Da könnten die Arbeiterlöhne leicht höher sein. Aber —

Bedeutende Eisenerzvorkäte in Bayern.

Die neuerlichen Untersuchungen haben nach einer Mitteilung ergeben, daß die Eisenvorkäte in der Oberpfalz ganz außergewöhnlich groß sind und nicht nur genügen würden, um die Hochöfen bei Amberg und Hofenberg auf Hunderte von Jahren hinaus zu versorgen, sondern auch die ausgedehnten Stützegebiete Deutschlands und Böhmens auf lange Zeiten mit Erz zu versehen. Die Schätzung der Erzvorkäte ist zwar wegen der Art des geologischen Vorkommens mit großen Schwierigkeiten verbunden, doch bei vorsichtiger Vornahme der Schätzung wird man ganz gewaltige Erzmengen von vielen hundert Millionen Tonnen mit Sicherheit als vorhanden annehmen können. Die geographische Lage der Erzfelder ist in bezug auf den Absatz sehr günstig. Wird die Zufuhr von Eisenerz nach Deutschland verhindert, so haben wir in Deutschland selbst genügende Mengen von Eisenerz zur Verfügung, um aus eigenen Erzen beliebige Mengen von Rohstoffen herzustellen.

Weitere Steigerung der Eisenpreise.

Der vor einiger Zeit von der Stabeisenkonvention festgesetzte Mindestpreis von 135 M. netto ab Oberhausen wird, wie das „W. Z.“ meldet, schon vielfach, bei neuen Aufschüssen durchweg, überschritten. Die Werke, die sehr gut beschaffen sind und lange Lieferfristen verlangen, fordern heute für Stabeisen 145 M. die Tonne und mehr. Das Eisen- und Stahlwerk Hoechst verkauft gegenwärtig noch zu 140 M. Wert, ebenso die Rheinischen Stahlwerke und die Firma Krupp, während andere Werke, wie die Weisenfelder Bergwerks-Gesellschaft, für Stabeisen zur Lieferung im dritten Quartal 145 M. verlangen. Auch die Preise der übrigen B-Produkte haben, entsprechend der Steigerung der Stabeisenpreise, weiter angezogen.

Aus der deutschen Arbeiterbewegung.

Lohnforderungen der rhein.-westf. Metallarbeiter.

Die Arbeiterorganisationen in der Metallindustrie, der deutsche Metallarbeiterverband, der christliche Metallarbeiterverband und der Gewerksverein der deutschen Maschinenbau- und Metallarbeiter (G.-D.), haben den Arbeitgeberverbänden der Metallindustrie in Rheinland und Westfalen Eingaben unterbreitet, mit dem Antrage, für die Arbeiter der Metallindustrie der heutigen Zeit entsprechende Verdiensterhöhungen einzutreten lassen zu wollen.

Begründet wird der Antrag unter eingehender Darlegung der zurzeit vorherrschenden Teuerung. Die Begründung besagt u. a.:

„Die Frage der Ernährung und Lebenshaltung unseres Volkes steht mit der Erreichung des deutschen Kriegszieles, der Verteidigung des deutschen Vaterlandes, in unmittelbarem Zusammenhang. Die Sorge um die Aufrechterhaltung einer Lebenshaltung, die eine Unterernährung weiter Volksteile mit ihren unermesslichen Gefahren für die Volksgesundheit hinteranzuführen vermag, ist nicht nur im Interesse des einzelnen gelegen, sondern sie ist in hohem Maße in nationaler Interesse dringend geboten.“

Somitlich der Gestaltung der Lohnverhältnisse der Metallarbeiter in der feierlichen Kriegszeit betont die Eingabe,

Goldmünzen bestehen aus 90 Prozent Gold, 10 Prozent Silber, die englischen Goldmünzen aus 91,6, die österreichischen und holländischen Dukaten sogar aus 98,8 Prozent Feingold. Sehr hochhaltiges Gold, bis zu 98 Prozent Feingehalt, pflegt man für Kratzuren zu verwenden, während man sich für andere Schmuckwaren und für Uhren mit den angeführten Legierungen von wesentlich geringerem Feingehalt begnügt. Die Silbermünzen bestehen zumeist aus einer Legierung, die 90 Teile Silber und 10 Teile Kupfer enthält; gleicher Zusammensetzung ist auch das für Silberwaren, besonders Tafelgeschirre, verwandte Metall, für welche Zwecke jedoch auch Legierungen von niedrigerem Feingehalt verarbeitet werden.

Zum Schluß wollen wir noch kurz auf den Preis der Metalle eingehen. Dieser ist nicht nur hinsichtlich der verschiedenen Metalle sehr verschieden, sondern im Laufe der Zeit auch bei einem und demselben Metall oft sehr großen Schwankungen unterworfen gewesen. Die Art beginn, die Kosten der Gewinnung sowie die Größe der Verwendungen, die oftmals in sehr weitgehendem Maße wechselten, sind zumeist die Ursachen dieser Schwankungen gewesen. So kostete beispielsweise im Jahre 1852 ein Kilogramm Aluminium noch über 5000 M., was also nahezu doppelt so teuer wie Gold, weil damals die Herstellung des Aluminiums aus seinen Erzen mangels vollkommener Verfahren noch mit den allergrößten Schwierigkeiten und Kosten verknüpft war. Als sich dann die Gewinnungsmethoden verbesserten, sank der Aluminiumpreis innerhalb weniger Jahre auf 300 Mark pro Kilogramm, dann auf 80 M. und in den neunziger Jahren des vorigen Jahrhunderts, als man den elektrischen Schmelzofen für die Herstellung des Aluminiums zu verwenden begann, auf 1,20 M. pro Kilogramm, um dann infolge der enormen Zunahme, die die Verwendung des durch viele treffliche Eigenschaften ausgezeichneten Metalls infolge dieses gemaligen Preissturzes erfuhr, wieder auf den Preis von 2 M. pro Kilogramm zu steigen, den das Metall gegenwärtig noch hat.

Wohlhin ging es mit dem Platin, das früher, als man nur eine sehr beschränkte Anwendung von diesem Metall zu machen verstand, sich jahrgewöhnlich auf der Preishöhe von etwa 800 M. pro Kilogramm hielt; als dann aber die Verwendung des Platins für technische und elektrotechnische Zwecke, besonders für die Herstellung von Glühlampen, begann und seine Verwendung eine gewaltige Zunahme erfuhr, der die vorhandenen Vorkäte nur mit Mühe gerecht werden konnten, stieg der Preis des Metalls schnell bis auf 5500 M. pro Kilogramm. Das Metall Chrysol kostete noch im Jahre 1874 ca. 1800 Mark pro Kilogramm, heute nur noch 8 M.; auch Silber war früher doppelt so teuer wie heute, und das Eisen, heute unser wohlfeilstes Metall, von dem 1 Kilogramm nur einige Pfennige kostet, war im Altertum, bei Ägyptern und Indiern und selbst noch bei Griechen und Römern, noch so selten und teuer, daß sich Kaiser und Könige Geschenke in Gestalt von Eisenbarren machten. Nachstehend ist der heutige Preis der wichtigsten Metalle angegeben. Es kostete vor Kriegsbeginn ein Kilogramm: Eisen 0,08 M., Blei 0,25, Zinn 0,51, Kupfer 1,50, Aluminium 2.—, Zinn 3.—, Nickel 3,50, Quecksilber 4,50, Natrium 5.—, Mangau 7.—, Chrom 8.—, Magnesium 24.—, Kalium 70.—, Silber 80.—, Gold 2800.—, Platin 5000.— M.

Den beständigsten Preis unter allen Metallen hat das Gold. Während alle anderen Metalle im Laufe der Zeiten bald größere oder kleinere Schwankungen ihres Wertes erfuhr, hat das Gold seinen Preis von rund 2800 M. pro Kilogramm nicht nur seit Jahrzehnten, sondern sogar seit Jahrhunderten nahezu unverändert beibehalten. Der beständige Preis des Goldes ist daher die feste Grundlage unserer Goldprägung geworden, nach welcher Preise und Werte nicht nur aller anderen Metalle, sondern aller anderen Stoffe überhaupt bestimmt werden.

„daß im Vergleich zu den Löhnen der Kriegszeit von einem Teile der Arbeiter Verdiensterhöhungen erzielt wurden. Es sind dies vornehmlich die mit Kriegsaufträgen beschäftigten Arbeiter und wurde in den meisten Fällen der Mehrerwerb durch Verfahren von Ueberstunden erreicht. Andererseits sind aber in zahlreichen Fällen die Verdienste nicht über die vor dem Kriege vorhandene Höhe hinausgekommen, ja selbst noch da und dort zurückgegangen. Die Einkürzungen, die infolgedessen im Haushalt der Arbeiter eingreifen mußten, sind so außerordentlich, daß ein billiger Ausgleich durch Erhöhung der Verdienste unerlässlich sein dürfte.“

Die Vertreter der Arbeiter geben der Erwartung Ausdruck, daß durch mündliche Verhandlungen eine Klärung dieser bedeutsamen Frage erzielt wird und erachten eine Verständigung zu dem Antrag der Arbeiter als im nationalen Interesse für dringend notwendig.

Der Siegeszug der Tariftarifgemeinschaft

im deutschen Buchdruckgewerbe. „natürlich“ nicht in der Bergwerksindustrie, wird dokumentiert durch folgende Angaben des „Korrespondenten“, dem Organ des deutschen Buchdruckerverbandes. Danach waren der Tariftarifgemeinschaft angegeschlossen:

Jahr	tariflose Firmen	Werkstätten	Zahl der Orte
1897	1021	18 340	469
1898	2030	22 498	647
1899	2704	27 449	890
1900	3115	30 630	1002
1901	3372	34 307	1030
1902	3404	36 527	1043
1903	4250	39 404	1315
1904	4570	41 453	1332
1905	5134	45 808	1532
1906	5583	49 497	1659
1907	6254	54 553	1803
1908	6611	57 211	1942
1909	8071	59 352	2007
1910	7301	61 627	2038
1911	7059	63 062	2158
1912	8051	64 552	2242
1913	8164	66 886	2274
1914	8421	69 125	2317

Seit Bestehen dieser Tariftarifgemeinschaft ist das deutsche Buchdruck- (und Zeitungs-) Gewerbe von nennenswerten Streiks verschont geblieben. Löhne und Arbeitszeiten der Buchdrucker sind tariflich festgesetzt, Willkürakte gehören im Vergleich zu tarifvertragslosen Gewerken im Buchdruckgewerbe zu den Seltenheiten. Das ist ein Erfolg des starken Buchdruckerverbandes.

Fabrikarbeiterverband im Jahre 1914.

Wie fast alle Gewerkschaften, schließt auch der Verband der Fabrikarbeiter das Jahr 1914 mit einem Verlust an Mitgliedern ab. Am Schlusse des Jahres waren nur noch 120 341 Mitglieder vorhanden gegen 207 384 am Jahresbeginn. Von den schließlichen 77 043 waren 50 100 zum Kriegsdienst eingezogen, so daß ein tatsächlicher Verlust von 20 937 Mitgliedern zu verzeichnen ist. Dieser Verlust ist jedoch — das soll besonders hervorgehoben werden, weil die Presse der gelben Wertvereine in den letzten Wochen recht voraussetzungslos über „Mitgliederverlust in den Kampfgewerkschaften“ schrieb — nicht beaufschlagt durch eine gegen die Vorjahre gesteigerte Zahl von Austritten, sondern durch Rückgang der Neuaufnahmen. Ausgetreten sind im Kriegsjahr 1914 nicht mehr, sondern weniger als in früheren Jahren, nämlich (einschließlich der Verstorbenen, Abgereisten, Geirückten usw.) 52 876 gegen 58 680 im Jahre 1913, 60 734 im Jahre 1912 und 59 232 im Jahre 1911. Von einer Mitgliederzunahme kann demnach keine Rede sein, wohl aber von einem Nachlassen der Erfolge der Werbetätigkeit, denn es wurden im zweiten Halbjahr 1914 im ganzen Verband nur 5816 Mitglieder aufgenommen gegen 28 484 im ersten Halbjahr und 23 181 im zweiten Halbjahr 1913.

Erfreulich ist, daß die durchschnittliche Beitragsleistung sich im Kriegsjahr über Erwartungen gut gehalten hat. Es wurden nämlich 1914 im Durchschnitt 45,80 Beiträge pro Mitglied geleistet gegen 47,21 im Jahre 1913. Also ist die durchschnittliche Beitragsleistung im Kriegsjahr nur um 3 Prozent zurückgegangen. Dabei ist allerdings zu beachten, daß die Beitragsleistung nach der durchschnittlichen Mitgliederzahl im Jahre berechnet ist und infolgedessen für 1914 weniger sichere Ergebnisse liefert, als für die früheren Jahre.

Zum Kriegsdienst waren am Jahresabschluss 36 106 = 31 Prozent aller männlichen Verbandsmitglieder eingezogen. (Zwischen ist diese Zahl auf 70 000 angewachsen.)

Die Lohnbewegungen des Verbandes wurden im ersten Halbjahr durch die noch vielfach herrschende Geschäftskrise beeinflusst, im zweiten Halbjahr konnten nur noch im Monat Juli einige gestiftet werden. Im ganzen Jahre führte der Verband 278 Lohnbewegungen in 389 Betrieben mit 21 804 beteiligten Personen. 191 Bewegungen wurden friedlich erledigt, in 73 Fällen griffen die Arbeiter zum Streik, in 14 Fällen die Unternehmer zur Aussperrung. Erfolg für die Arbeiter hatten von den Lohnbewegungen ohne Kampf 97 Prozent, von den Kampfbewegungen 62 Prozent, von den Abwehrstreiks 64 Prozent und von den Aussperrungen 85 Prozent. Erreicht wurde an Verbesserungen für 2027 Personen 5358 Stunden Arbeitszeitverlängerung und für 13 270 Personen 20 475 M. Lohnerböhung die Woche. Die Kosten der Streiks und Aussperrungen beliefen sich auf 580 788 M.; davon entfielen 294 730 M., also mehr als die Hälfte, auf die Aussperrungen.

Die Zahl der vom Verband abgeschlossenen Tarifverträge hat sich verringert. Am Beginn des Jahres bestanden 465 Verträge für 783 Betriebe, am Ende des Jahres nur noch 437 Verträge für 768 Betriebe. Die Zahl der unter tariflich gegebenen Bedingungen beschäftigten Personen sank jedoch nur von 42 000 auf 39 991. Von den bestehenden Verträgen entfielen 124 auf die chemische Industrie, 120 auf Ziegeleien und Tonwarenfabriken, 20 auf Papierfabriken, 66 auf die Nahrungsmittelindustrie und 126 auf sonstige Betriebe.

Ueber die Kassenverhältnisse des Verbandes liegen abschließende Zahlen noch nicht vor. Nach den vorläufigen vorläufigen Ergebnissen haben sie sich, gemessen an den jetzigen Verhältnissen, günstig entwickelt.

Fließhosenverband im Jahre 1914.

Die Mitgliederzahl betrug am Abschluß des Geschäftsjahres 3737, einschließlich 409 weibliche, gegen 6502 des Vorjahres. Zum Kriegsdienst wurden eingezogen 4890 Mitglieder = 70,8 Prozent des Bestandes der männlichen Mitglieder vom 2. Quartal. Unter den Eingezogenen befinden sich 1606 Weiberkate, die 2740 Kinder haben. Die Ausgaben für Lohnbewegungen betragen 4504 M. Die Finanzlage ist verhältnismäßig zufriedenstellend. Einschließlich des Kassenbestandes von 38 971 M. vom Jahre 1913 betragen die gesamten Jahreserlöse 150 426 M. An Unterhaltungen wurden 30 727 M. verausgabt, darunter 13 267 M. an Erwerbslose, 13 995 M. an Familien der Kriegsteilnehmer, 1703 M. für Rechtschutz. Der Kassenbestand betrug am Schluß des Geschäftsjahres 1914 einschließlich der Bestände in den Zahlstellen 49 568 M.

Glaserverband im Jahre 1914.

Der Glaserverband hat unter dem Kriege sehr gelitten. Nach der ersten statistischen Aufnahme am 5. Dezember 1914 waren von 4450 Mitgliedern gleich 1277 zum Kriegsdienst einberufen worden. Durch Schließung verschiedener Betriebe im Baugewerbe wurden dazu 646 Mitglieder vollständig arbeitslos, ein großer Teil der Mitglieder war bei verkürzter Arbeitszeit beschäftigt. Die Gesamtsumme der Unterhaltungen an die Familien der Kriegsteilnehmer, an Arbeitslose usw. belief sich bis zum Jahresabschluss auf 120 000 M. Anfang 1915 wurden 1630 Mitglieder als zum Kriegsdienst einberufen gezählt. Die Mitgliederzahl betrug nur noch 2200, von denen 431 vollständig arbeitslos waren und 579 bei verkürzter Arbeitszeit beschäftigt wurden.

Glasarbeiterverband im Jahre 1914.

Von den 19 100 Mitgliedern der Organisation waren bis zum 31. Januar 1915 bereits 5293 zum Kriegsdienst eingezogen, heute dürften es 6000 sein. Die Mitgliederzahl ist auf 9500 herabgesunken. Der Beginn des Krieges brachte innerlich der Glasarbeiter eine völlige Störung des Wirtschaftslebens. Der größte Teil der Glasfabriken schloß sofort den Betrieb. Auch in den anderen Branchen der Glasindustrie sah es nicht viel besser aus, so daß am 24. August 67,22 Prozent der Organisation völlig arbeitslos waren. am 26. September waren

es noch 41,58 Prozent. Die Zahl sank dann weiter herunter auf 18,23 Prozent am 31. Dezember und auf 12,24 am 31. Januar. Auch jetzt sind noch eine größere Zahl Arbeitlose vorhanden. Es versteht sich am Bande, daß die Organisation darunter schwer zu leiden hatte. Die Arbeitslosenunterstützung mußte bis auf die Hälfte der früheren Höhe ermäßigt werden. Die Gemeindegewalten- und Krankenunterstützung wurde ganz aufgehoben. Trotzdem mußten große Summen für Unterhaltungen ausgegeben werden. Im ersten Halbjahr 1914 wurden 69 806 M. an Arbeitslosenunterstützung gezahlt, im zweiten Halbjahr bei bedeutend geringeren Löhnen 212 247 M., zusammen im Jahre also 372 053 M. Die Ausgabe betrug für alle Unterhaltungen zusammen 445 194 M. Aus den Mitteln der Zahlstellen wurden ca. 85 000 M. für die Familien der Kriegsteilnehmer aufgebracht.

Verband der Sattler und Portefeuller im Jahre 1914.

Am Jahresanfang zählte dieser Verband 14 855 Mitglieder, davon 1029 weibliche. Am 1. Juli waren 14 525 Mitglieder vorhanden. Mit Kriegsausbruch fiel diese Ziffer unter 10 000. Die Arbeitslosigkeit nahm in den ersten Kriegswochen einen enormen Umfang an. Die Offenbacher, Münchener und Berliner Portefeullerindustrie lag vollständig brach, so daß über ein Drittel der Mitglieder arbeitslos waren, trotzdem der Krieg für die Militärbedürfnisse und für alles, was Sattler war, eine ungeheure Beschäftigung brachte. Bis zum Oktober hatten sich auch die Portefeuller in der Militärarbeit zurückgefunden und damit fiel die Arbeitslosigkeit fast auf Null. Die Mitgliederzahl stieg und zählte der Verband am Jahresabschluss wieder 13 121 Mitglieder, trotzdem 3900 im Felde waren. — Bis zum Kriegsausbruch waren 22 Lohnbewegungen zu verzeichnen, die in 14 Fällen mit 377 Personen zum Kampf führten, zu einem großen Teil zu Abwehrkämpfen. Eine Reihe ausföhrlicher Bewegungen wurden infolge des Kriegsausbruchs abgebrochen und demzufolge auch die erzielten Resultate eingeschränkt. Aus dem gleichen Grunde kamen auch die Tarifbewegungen nicht voll zur Entfaltung. Abgeschlossen wurden nur 9 Verträge für 30 Betriebe mit 337 Personen. Gegenüber dem Gesamtbestand an Verträgen ist wenig Unterchied eingetreten. — Die Beitragsentnahmen gingen dem Vorjahr gegenüber um 50 000 M. zurück. Die Gesamteinnahme betrug 327 003 M., der eine Ausgabe von 380 332 M. gegenübersteht. In der Hauptsache wurde diese Summe durch die Arbeitslosenunterstützung verausgabt, die nicht weniger wie 213 684 M. betrug, gegenüber 111 102 M. im Jahre 1913. Ingesamt wurden an Unterhaltungen 268 000 M. ausgegeben, darunter 85 760 M. für Streiks. Die Kopfangabe für Arbeitslose betrug 15,00 gegen 7,50 M. im Vorjahr. Finanzsicht hat das Kriegsjahr trotz der hohen Ausgaben für Unterhaltungen leidlich gut abgekommen. Die zurzeit erhobenen Monatsbeiträge sollen die Lücke wieder ausfüllen, um auch dem heimkehrenden Krieger wieder unter die Arme greifen zu können. Zu erwähnen ist noch, daß in den vier ersten Kriegsmontaten 141 000 M. in Mitgliederbeiträgen gesammelt wurden, wovon die zurückgebliebenen Frauen und die Ausgesteuerten unterstüht wurden.

Hutmacherverband im Jahre 1914.

Mit 11 027 Mitgliedern, 6016 männlichen und 5011 weiblichen, trat der Verband das Berichtsjahr an. Die ungünstige Geschäftskonjunktur in einigen Hauptbranchen, besonders aber der Krieg, der in der Hutindustrie eine tiefste, lang andauernde Arbeitslosigkeit brachte, erschwerte die Werbearbeit für den Verband. Die Zahl der Neuaufnahmen ging von 2773 im Jahre 1913 auf 1117 im Jahre 1914 zurück. Trotz der Schwierigkeiten blieben am Jahresabschluss noch 8898 männliche und 5520 weibliche Mitglieder, zusammen 9437. Nach Abzug der 1316 zum Kriegsdienst einberufenen Mitglieder und der Saisonarbeiter, die alljährlich zu ihrem früheren Beruf zurückkehren, bleibt ein Mitgliederverlust von 800, 21 028 Mitglieder waren 880 384 Tage ohne Arbeit. Es war unmöglich, alle durch den Krieg erwerbslos gewordenen Mitglieder zu unterhalten. Zudem brühte die Arbeitslosigkeit die Beitragsentnahme von 262 000 M. im Jahre 1913 auf 200 000 Mark im Jahre 1914 herunter. Den Lokalfassen fiel die Aufgabe zu, die nicht bezugsberechtigten Arbeitslosen nach Möglichkeit zu unterstützen. Die Angehörigen der verbleibenden Kriegsteilnehmer erhielten eine einmalige Notstandsunterstützung von 8 M. Arbeitslose an Orte wurden mit 154 855 M. unterstüht, gegen das Vorjahr ein Mehr von 71 231 M. Die Ausgabe des Verbandes für Unterhaltungen, zuzüglich 14 000 M. aus den Lokalfassen, beziffert sich auf 231 000 M. Die Gesamteinnahme des Verbandes, seiner Invaliden- und Frauenvereine und der Lokalfassen beziffert sich auf 268 000 M., die Gesamttausgabe auf 335 000 M. Bestand in allen Kassen blieb 298 000 M.

Internationale Rundschau.

Die österreichische Bergarbeiterunion

konnte bei den Wahlen zu den Schiedsgerichten der neuen Laa-taligen Unfallversicherung für die Bergarbeiter einen großen Erfolg erringen. Nicht weniger als fünf oder gar sechs Konkurrenten traten gegen unseren Bruderverband auf. Bei der Vorstandswahl für das Oberstichtsgericht erhielten die Unionskandidaten 92 647, die anderen 70 609 Stimmen. Nur in einem Prag-Bilsen-Budweis) von den fünf Wahlkreisen erhielten die separatistischen Kandidaten die Mehrheit, sonst überall die Unionskandidaten. Bei den Weisungswahlen zu den Bezirkschiedsgerichten siegten die Unionskandidaten in den Bezirken Wien, Mährisch-Schwarzwald, Graz, Klagenfurt, Triest, Krakau mit großer Majorität. Nur in den Bezirken Prag und Brüx erhielten die Gegner größere Stimmengahlen. Im Bezirk Drobovec konnte das Wahlergebnis noch nicht festgestellt werden. Unser Bruderblatt, der „Glückauf“, schreibt zu dem Wahlergebnis: „Der Verlauf der Wahl in dieser Zeit so beirührender Zeit ist jedenfalls ein neuer ermutigender Anstoß zur weiteren Kleinarbeit für unsere Genossen. Auch unsere Kameraden im Felde werden sich freuen, wenn sie vernehmen werden, daß die überwiegende Mehrheit der Daheimgebliebenen auch während des fürchterlichen Krieges ihr Klassenbewußtsein bewahrt hat. Nachdem die Wahlen vorüber sind, schreiben wir, wie schon so oft, den Gegnern der Einigkeit der Bergarbeiter neuerlich ins Stammbuch:

Unser Spitz aus unfrem Stall
Will uns immerfort begleiten,
Und seines Wellens lauter Schall
Beweist uns, daß wir reiten.“

Die Cewerkschaften Ungarns im Kriegsjahre 1914.

Der ungarische Gewerkschaftsrat veröffentlichte eine Statistik über den Stand und die Leistungen der ungarischen Gewerkschaften für das Jahr 1914, aus der zugleich hervorgeht, welche Einwirkung die ersten fünf Monate des Weltkrieges auf die Gewerkschaften ausübten. Die Gewerkschaften verloren nicht nur eine große Anzahl Mitglieder, auch die Arbeitslosigkeit war gleich nach Ausbruch des Krieges eine große, so daß auch die Daheimgebliebenen ihre Pflicht der Organisation gegenüber nicht erfüllen konnten. Durch die bald einsetzende totalste Feuerung wurde die Lebenslage der Arbeiter noch bedeutend verschlechtert. Alle diese Umstände verursachten ein starkes Zurückgehen der Mitgliederzahl. Am 31. Dezember 1913 wurden 107 486 Mitglieder gezählt, am 30. Juni 1914 waren es noch 96 290, am 31. Dezember 1914 war die Zahl auf 51 510 gesunken. Sonach hat sich die Mitgliederzahl in den ersten fünf Kriegsmontaten um 46,50 Prozent vermindert. Bei den Arbeitsvermittlungstellen melbten sich vom 1. August bis Jahresabschluss 25 898 Arbeiter als arbeitslos; Arbeit vermittelt erhielten nur 15 028.

Während des Krieges ließ die Arbeitslosigkeit etwas nach, so daß nicht nur die arbeitslosen Mitglieder, sondern auch die Familien der eingezogenen Gewerkschaftsmitglieder unterstüht werden konnten. In den ersten fünf Monaten des Krieges konnten die Gewerkschaften 304 000 Kronen, die freien Organisationen 59 000 Kronen als Arbeitslosenunterstützung ausgeben. Für die Unterstühtung der Familien der Eingezogenen wurden 125 000 Kronen verausgabt. Unterhaltungen anderer Art erreichten die Summe von 160 000 Kronen. Alles in allem kosteten die ersten fünf Monate des Krieges den Gewerkschaften die runde Summe von 650 000 Kronen an Unterhaltungen.

Die Lohnbewegung der britischen Bergleute

ist noch immer in der Schwebe. Den Verhandlungen mit dem Premierminister Asquith, der die Arbeitervertreter zu sich einlud, sind Verhandlungen mit den Werksvertretern gefolgt. Ein positives Ergebnis hatten die Beratungen noch nicht. Die Unternehmer hielten nicht mehr als 10 Prozent, die Arbeitervertreter fordern mit Rücksicht auf die offiziell festgestellten unerhörten Gewinne der Kohlenherren 20 Prozent

Bahnverhöhung. In der liberalen "Daily News" sagte A. Bennett ausdrunder, es besteshe ein starker Kollektivismus, der die Preise nach Willkür festsetze ohne Rücksicht auf die wirtschaftliche Lage der Konsumenten. Ueber die Lage des Kohlenmarktes in England und den dortigen Kohlenverbrauch teilt die "Köln. Volksztg." (Nr. 888) mit: "Seit unserem letzten Bericht (vergl. Nr. 848) haben sich die Erzeugungs- und Verbrauchsverhältnisse für das englische Kohlengewerbe, das vor dem Kriege der Mittelpunkt des dortigen nationalen Wirtschaftswortes war, noch weiter zum schlechteren gewandelt. Die Auslandsnachfrage der Bergwerksarbeiter und der gegen Vorkriegszeiten ins Irdische gesteigerte Bedarf der Abmahlindustrie erzeugen fast unenträglich die Schwüle, die immer mehr andere Gewerbe ergreift, namentlich das das eigentlich einlagig in Betracht kommende Gewerbe, das der Erzeugung von Munition, riesigen Bedarf an dem erhebtlich verteuerten Brennstoff hat, der sich angeht die aus gefährlichen Kistenfahrten kaum befristeten Läger. Der Eintritt von angeblich 150 000 Bergarbeitern ins Meer und die eben genannten Ursachen haben die Kohlennot in England so gesteigert, daß die englische Regierung nunmehr einen Ausschuss zur Beobachtung des Ausfuhrhandels darin einsetzen will, um die Befriedigung des eigenen Bedarfs sicherzustellen, da die Verminderung der Erzeugung für das erste Kriegsjahr auf mehr als 40 000 000 Tonnen geschätzt wird. Nach einem Bericht der "Times" ist der Mangel an Hausbrand- und Heizkohle besonders schlimm, so daß letztere nicht unter 18 Schilling die Tonne zu erhalten ist. Der Handel in Vorkriegszeiten ist sehr eingeschränkt, da sie vielfach zu Preisen der Preissteigerung auf Lager gelegt wird, während Dürhamkohle sehr rasch abgerufen wird, so daß auch hier nicht unbedeutender Mangel herrscht. Midlandholts ergiebt sich die Preise. Ebenso wird über sehr eingeschränkte Geschäft in Newcastle und Cardiff geklagt, da häufig kleinerer Dampfverbräucher aufzubringen sind. Auch eben demselben Grunde war zuletzt Vorkriegszeiten nicht unter 19 Schilling die Tonne zu haben. Bei Vereinbarungen an der Börse wurden, nach englischen Zeitungsberichten, oft sogar um 4 Schilling höhere Preise bedungen, da man den Verhandlungen der Regierung mit den Arbeitern an der Börse recht wenig zuberichtlich gegenübersteht."

Neuere Meldungen zufolge sollen die englischen Bergleute für den Fall der Nichtbewilligung ihrer Lohnforderung am 1. Juni kündigen wollen.

Ueber die internationalen gewerkschaftlichen Verbindungen
 Die der Vorstände des deutschen Metallarbeiterverbandes, A. Legner, der Schilde, in Hamburg einen Vortrag, in dem sich der Referent u. a. auch entschieden gegen die Ausdehnung des Internationalismus als Antinationalität wandte. Die Rede ist nun als Broschüre erschienen, deren Anschaffung wir empfehlen. Nachdem er einleitend einen Rückblick auf die älteren internationalen Verständigungsversuche der Arbeiter geworfen hatte, behandelte Schilde die internationalen Beziehungen der Arbeiter in den verschiedenen Berufen. Die ersten Versuche, zu festen internationalen Beziehungen zu kommen, machten die Buchdrucker, Glasarbeiter, Schuhmacher und Tabakarbeiter. Der erste internationale Bergarbeiterkongress fand 1890 statt. Den ersten festen Bund auf internationaler Ebene weisen die Handschuhmacher auf, dann folgen die Buchdrucker, beide Berufe im Jahre 1892, die Legalarbeiter und die Spinnarbeiter, die im Jahre 1898 feste Verbände mit gegenseitigen Leistungen schufen; 1898 folgten die Steinbrücker und Lithographen sowie die Transportarbeiter, 1908 die Steinarbeiter und Maurer (die späteren Bauarbeiter), 1904 Holzarbeiter, Metallarbeiter, am Straßenbau beschäftigte Arbeiter, Tabakarbeiter, 1905 Diamantarbeiter, 1906 Schneider und Sattler, 1907 Buchbinder, Schuhmacher und Lederarbeiter, Staats- und Gemeinbediensteter, Fabrikarbeiter, Köpfer, 1908 Glasarbeiter, Hotel- und Gastangestellte, die Brauereiarbeiter, 1909 die Bäcker und Konditoren sowie die Handlungsgesellen, 1911 die Maler und Lackierer, 1913 die Zimmerer, die Fleischer und verwandten Berufe.

Die Schwierigkeiten der internationalen Verbindung der Gewerkschaften zeigte Schilde besonders in der ausführlichen Darstellung der Metallarbeiter-Internationale, die bis auf das Jahr 1891 zurückgeht. Das neuerliche Streben nach internationalen Vereinbarungen ging in den weitaus meisten Fällen von den germanischen Ländern aus. Deutschland ist der Träger weitaus der meisten internationalen Institutionen. Heute besitzen 23 internationale Sekretariate, von denen allein 27 ihren Sitz in Deutschland haben, während 2 in England, 2 in Holland und 1 in der Schweiz domiciliert sind.

Die Entwicklungsgeschichte der neueren Gewerkschaftsinternationale, sagte Schilde, stellt ein umfangreiches Gebiet harter Arbeit dar, und nicht wenige derjenigen, denen es ernst mit dem Streben der Arbeiterklasse ist, leben heute in der Sorge und ergehen sich in Erwägungen darüber, was durch den Krieg aus der internationalen Arbeiterbewegung wird. Die Antwort ist, soweit die Gewerkschaften in Betracht kommen, sehr einfach. Der Krieg wird der Gewerkschaftsinternationale kaum etwas anhaben können, wenn er auch momentan die Gemüter der Völker gegeneinander aufregt, da die Gegenwart der Schürung des Völkereifers besonders günstig ist, er wird das Tempo der internationalen Verständigung höchstens verlangsamten... Gerade die gewerkschaftliche Internationale wurzelt zu tief in den wirtschaftlichen Verhältnissen, als daß sie durch den Krieg vernichtet werden könnte. Gewiß wird eine Entfremdung zwischen den Arbeitern verschiedener Nationen eintreten, sie wird aber nicht dauernd sein können, weil die Ursachen, die die Menschen zusammenführen, stärker sind als die Menschen selbst. Selbst dann, wenn die wirtschaftlichen Machtverhältnisse der verschiedenen Länder vollkommen verschieden sein sollten, wird der Austausch, und das Auspielen der Arbeiter eines Landes gegen die des anderen Landes nach wie vor stattfinden. Ebenso werden die Unternehmer nicht darauf verzichten, Niederlassungen im Auslande zu errichten.

Alle Vorbereitungen für die Betätigung auf internationalem Gebiet werden nach wie vor vorhanden sein. Darin liegt die Gewähr für Aufrechterhaltung unserer internationalen Beziehungen.

Knappschäftliches.

Verletzungen im Eisenbahnbetriebe sofort melden.
 Es kommt häufig vor, daß Mitglieder des Knappschäftsbereins, die im Eisenbahnbetriebe einen Unfall erleiden, die sofortige Anzeige des Unfalles unterlassen. Der Knappschäftsbereins macht für die aus Anlaß eines solchen Unfalles aufgewendeten Leistungen Schadenersatzansprüche gegen die Eisenbahnverwaltung geltend, was aber erst geschehen kann, wenn durch Vorlage des Krankenscheines die Ursache der Verletzung bekannt wird. Darin ist aber in den meisten Fällen schon eine längere oder längere Frist verstrichen und die Eisenbahnverwaltung hilft bei der Ermittlung des Tatbestandes auf Schwierigkeiten. Verletzungen beim Eisenbahnbetriebe sind darum sofort beim Zugpersonal oder beim Stationsbeamten zu melden.

Mißstände auf den Gruben.

Oberbergamtsbezirk Dortmund.
 Bezirke Draffert. Hier beklagen sich die Arbeiter, daß die Löhne vielfach recht niedrig sind und nicht entfernt im Einklang stehen mit der allgemeinen Teuerung. Sind doch im März vereinigte Pauerlöhne von unter 5 Mk. gezahlt worden. Die Sprengstoffe und Bänder sind teurer geworden, die Arbeiter müssen die notwendigen Materialien, wie Schießdraht, Schrauben und Vadeisende, bezahlen, aber die Bedingungen werden nicht entsprecht erhöht. Ueber die Unpünktlichkeit bei der Schicht wird auch geklagt. Allerdings, die Einfahrt wird pünktlich beendet, aber die Ausfahrt nicht so pünktlich begonnen. Die Arbeiter kommen in ihren durchschweifenden Kleibern pünktlich zum Schicht und müssen dort im kalten Durchgang warten, was jedenfalls für die Gesundheit nicht besonders förderlich ist. Es wäre darum größere Pünktlichkeit auch bei der Ausfahrt sehr zu wünschen. Beiläufig wird auch, daß den Kameradschaften oft weniger Wagen angeschlossen werden, als sie gebührt haben. Jedenfalls werden die Arbeiter dadurch geschädigt und Abhilfe ist daher sehr notwendig.
 Bezirke Mönchhof (Schacht Grillo). Wie alljährlich, liegt die Verwaltung dieser Bezirke auch in diesem Frühjahr Kartoffeln für die Belegschaftsschichten. Die Kartoffeln kamen allerdings ziemlich spät und nicht in genügender Menge, und so sollte jeder Arbeiter vorläufig drei Zentner erhalten. Beim Auswiegen am 3. und 4. Mai wurden aber diejenigen Arbeiter übergangen, die am 1. Mai keine 1 1/2 Schicht verfahren hatten. Sie bekamen keine Kartoffeln. Darunter befanden sich auch Arbeiter, die wegen ihres schlechten Gesundheitszustandes froh

sind, wenn sie die einfachen Schichten verfahren können. Diejenigen Arbeiter, die nach einfacher Schicht ausfahren, können auch kein Seltenerwasser oder Milch erhalten, weil um diese Zeit die von der Bezirke eingerichtete Milchkanstelle geschlossen ist. Trotzdem wird behauptet, die Arbeiter würden von den Arbeitern freiwillig verfahren, die Bezirke über keinen Zwang.

Bezirke Traupe. Hier weigern sich die Arbeiter, Ueberhöchsten zu verfahren, weil der Lohn pro Schicht dadurch nicht steigt, sondern fällt. Im Monat März, wo die Pauer noch bis zu 8 1/2 Schichten verfahren, wurde der Arbeiterauschuss um Lohnverhöhung vorkünftig, hatte aber keinen Erfolg, worauf die Arbeiter die Ueberhöchsten nicht mehr verfahren. Daß die Arbeiter recht haben, ergibt sich aus einer Zusammenstellung der Löhne aus 51 Lohnbüchern für die sechs Monate vor und nach Kriegsbeginn. In den sechs Monaten vor Kriegsbeginn (Februar bis Juli 1914) hatten diese 51 Arbeiter 7288 Schichten verfahren und durchschnittlich 6,08 Mk. pro Schicht verdient; in den sechs Monaten nach Kriegsbeginn (August 1914 bis Januar 1915) verfahren sie 7485 Schichten, verdienten durchschnittlich aber nur 5,86 Mk. pro Schicht. Obwohl im August und September wegen Wagenmangel wiederholt gestreikt wurde, haben diese 51 Arbeiter also noch 227 Schichten mehr verfahren, wie in der gleichen Zeit vor Kriegsbeginn, trotzdem aber weniger verdient. Also mehr Arbeit und weniger Lohn. Das läßt es sich verstehen, wenn die Arbeiter unzufrieden sind. Zwar sollen in letzter Zeit etwas höhere Löhne verdient worden sein, aber trotzdem sind sie bei weitem nicht ausreichend.

Bezirke Wastroy. Die elektrischen Grubenlampen erlöschen hier manchmal schon nach zwei bis drei Stunden, auch brennen sie oft sehr trübe, so daß kaum etwas zu sehen ist. Dadurch werden doch Arbeiter und Bezirke geschädigt und es sollte darum im beiderseitigen Interesse für Abhilfe gesorgt werden. Aber alle Beschwerden hatten bisher nicht den gewünschten Erfolg. Die Arbeiter wünschen auch, daß die Markenausgabe und die Lohnzahlung etwas schneller von statten gehen, damit sie nicht so lange zu warten brauchen. Auch könnte Dienstag und Freitag für die Mittagschicht des Abends Seltenerwasser ausgegeben werden.

Provinz Sachsen, Brandenburg und Thüringen.

Gewerkschaft Wilhelmshall (Anberber). Nach langem Hin- und Herreden haben hier die Arbeiter, die einen besonders niedrigen Lohn verdienen, eine Teuerungszulage von 10 bis 25 Pf. pro Schicht erhalten, die anderen erhalten jedoch nichts. Und doch ist auch der Lohn im allgemeinen bei der herrschenden Teuerung nicht ausreichend. Es wird aber gesagt, wenn alle Arbeiter Lohnzulage erhielten, könnten für die Familien der Kriegsteilnehmer keine Unterstüzungen mehr gezahlt werden. Infolge der nicht ausreichenden Löhne müssen vielfach die Frauen der Bergarbeiter noch mitverdienen und so sehr niedrigen Löhnen in der Handweberei arbeiten. Selbstverständlich wird dadurch der Arbeiterhaushalt und die Kindererziehung vernachlässigt.

Aus dem Kreise der Kameraden.

Saargebiet und Reichslande.

Eine unerwartete Freude

wurde vor einigen Wochen der Frau unseres langjährigen Verbandskameraden Johann Gerner, Bahnhofs-Merklenbach (Köhringen), zuteil. Gerner wurde bei Ausbruch des Krieges zum Kriegsdienst einberufen und kämpfte auf dem westlichen Kriegsschauplatz. Am 20. Februar machte seine Truppenabteilung einen Sturmangriff, wobei es sehr herging. Nach einigen Tagen erhielt Frau Gerner ein Schreiben von einem Leutnant der Kompagnie, in welchem ihr u. a. der Tod ihres Mannes mitgeteilt wurde. Die Kaufmännische in Berlin bestätigte gleichfalls den Tod und einige Tage später stand Gerner als gefallener in der Verlustliste verzeichnet. Daraufhin haben auch wir in Nr. 12 der "Bergarbeiter-Zeitung" Gerner als gefallenen gemeldet. Am 10. April erhielt nun die Frau aus Algerien einen Brief ihres Mannes, worin dieser mitteilte, daß er sich in Gefangenschaft und wohlhaft befinde und um Zufriedenung von Wäsche und Lebensmitteln ersuchte. Die Freude der Frau, die schon wochenlang ihren Mann als tot betrachtet hatte, war groß.
 Wie konnte nun Gerner von der Militärbehörde als tot gemeldet werden, während er sich doch in Gefangenschaft befand? Der Vorgang ist sehr einfach. Gerner war von Geburt Bayer und da die Bayern bei den Franzosen besonders verhaßt sind, hat er sein Soldbuch bei der Gefangenennahme weggeworfen. Dieses ist nachher von den Deutschen gefunden worden und man hat ihn somit unter den Gefallenen vermerkt.

Aus dem oberelbischen Kaligebiet

berichtet eine Straßburger Korrespondenz: Erst seit ungefähr 10 Jahren hat man eine Ahnung, welche unermessliche Reichtümer im Oberelsaß, im sogenannten Nonnebrucher Wald, liegen. Im Jahre 1904 entdeckte ein gewisser Vogt aus Mosmünster und Grisehof von Sennheim die dortigen großen Kalilager im Nonnebrucher Wald, die einen Gesamtwert von ungefähr 60 Milliarden Mark darstellen. Zurzeit sind 13 Werke im Betrieb, 4 Schächte werden zurzeit noch niedergebracht. Sämtliche Werke sind dem Kalihandlat, G. m. b. H., in Berlin angeschlossen und hatten Ende 1913 zusammen eine Beteiligung von 47,05 Tausendsteln am Gesamtabsatz an Kalisalzen, der bekanntlich zeitgleichmäßig geregelt ist. Der Absatz betrug 1913 rund 2 200 000 Doppelzentner mit einem Reinkaufgehalt von 405 615 Doppelzentner. Am Uebersee-Export haben die elbschischen Kalilwerke nur einen geringen Anteil, da sie in fraglicher Beziehung ungünstiger liegen, als die in der Nähe der Weiser und der Elbe gelegenen Werke. Hier könnte durch eine direkte Beförderung auf dem Wasserwege Abhilfe geschaffen werden. Der baldige Ausbau der elbschischen Wasserstraßen ist deshalb auch für die Kalindustrie von größter Wichtigkeit. Natürlich sind die kriegerischen Ereignisse auch bei der Kalindustrie im Oberelsaß nicht spurlos vorübergegangen. Der Absatz stotzte eine Zeitlang vollständig, denn das Kaligebiet liegt mitten im Operationsgebiet und hatte manches zu leiden und auszuhalten. Der Nonnebrucher Wald, das Hauptkaligebiet, von den Franzosen mit Taillies-de-Monnes bezeichnet, bildet den direkten Weg von Hamm nach Mühlhausen und darin liegt wohl auch seine große strategische Bedeutung. Gleich zu Beginn des Krieges suchte Frankreich mit allen möglichen Mitteln dieser Salinen Herr zu werden, weiß es doch, daß es mit deren Besitz zu einem Kapital kommen würde, das ihm sämtliche Kriegsauslagen für immer decken würde. Der scharfen Wacht unserer Truppen ist es zu verdanken, daß die Franzosen trotz heftiger Angriffe jedesmal mit blutigen Köpfen wieder abgezogen wurden und heute ist nun der wertvolle Boden wieder vom Feinde frei, der es sich nicht nehmen ließ, die angelegten Beständen der Angestellten der Kalilwerke zu ruinieren und einige der Bergwerksdirektoren mit über die Grenze zu nehmen. Die Werke sind nun wieder in vollständigen Betrieb gesetzt. Hauptverhandlung der Kalilwerke ist der Bahnhof Reichweiler, dessen Betriebsanlagen in der Zeit des stärkeren Verkehrs aber nicht annähernd ausreichen. Für Erweiterung dieses Bahnhofes ist im Reichsstat 1914 für die elbsch-löhringischen Bahnen ein größerer Betrag vorgesehen gewesen, der Krieg hat jedoch diesen Punkt bis auf weiteres zurückgestellt, da ja auch aus militärischen Gründen von einem jegigen Ausbau keine Rede sein kann.

Süddeutschland.

Eingaben um Teuerungszulagen.

Unser Verband und der Gewerbeverein richteten am 22. April an das bayerische Staatsministerium eine Eingabe, worin eine Teuerungszulage von 60 Pf. für verheiratete und 40 Pf. für unverheiratete Arbeiter pro Schicht ab 1. April in den staatlichen Bergwerksbetrieben gefordert wird. Begründend wird ausgeführt, daß die Preise für Lebensmittel seit Kriegsbeginn ganz außerordentlich gestiegen sind, besonders für Brot, Kartoffeln, Fleisch, Hülsenfrüchte usw., worauf die Arbeiter zumeist angewiesen sind. Es wird darauf hingewiesen, daß im preussischen Bergbau eine Anzahl Werke Teuerungszulagen bewilligt haben, daß auch das bayerische Kriegsministerium und die württembergische Militärverwaltung ihrem Arbeiterpersonal eine Zulage von 40 Pf. pro Tag zahlen. Das Reichsministerium habe den Arbeitslohn ebenfalls erhöht. Die Stadt Berlin zahle ihren Angestellten mit weniger als 2000 Mk. Jahreslohn eine monatliche Zulage von 10 Mk. und die Stadt Breslau habe 250 000 Mk. in den Etat eingestellt zwecks Erhöhung der Arbeiterlöhne. Auch bei den Unternehmungen, welche Heereslieferungen haben, gäbe es Kriegszulagen, die oft unter Mitwirkung der Militärbehörden festgesetzt

wurden. Weiter wird auf die günstige Geschäftslage im Bergbau und die erhöhten Preise für die Bergwerksprodukte verwiesen, die eine Zulage für die Arbeiter sehr wohl ermöglichen.
 Die Arbeiterauschussmitglieder der Grube St. Ingbert richteten am 28. April an die königliche Berginspektion eine Eingabe, worin mit der gleichen Begründung eine Teuerungszulage von 60 Pf. für verheiratete und von 40 Pf. für unverheiratete Arbeiter pro Schicht gefordert wird. Öffentlich finden die Arbeiter das gewünschte Entgegenkommen.

Verbandsnachrichten.

Kameraden! Mit dieser Nummer ist der Beitrag für die 20. Woche (vom 9. bis 15. Mai 1915) fällig. Wir bitten unsere Mitglieder, um pünktliche Zahlung der Beiträge besorgt zu sein!

Betrifft Urlaub zur Bergarbeit.

Infolge mehrerer Anfragen teilen wir mit, daß solche Kameraden, welche jetzt aus dem Felde oder den Stappen zur Bergarbeit beurlaubt sind, während dieser Zeit die Verbandszeitung erhalten und im Verband ihre Beiträge zu zahlen haben. Sie müssen sich als Mitglieder melden (siehe § 38 Abs. 1 unseres Statuts) und haben spätestens dann, wenn sie das erste Geld von der Bezirke erhalten, die statutarischen Beiträge für die Urlaubszeit zu zahlen. Nur wenn sie das tun, können sie bei Erkrankungen oder Unfall die statutarischen Unterstüzungen und Rechtschutz erhalten.

Es wurde uns ferner mitgeteilt, daß den Familien solcher Urlauber in manchen Gemeinden sofort die Unterstüzung entzogen wurde, trotzdem ihnen bei der Einziehung des Mannes für die ersten vier oder sechs Wochen deshalb keine Familienunterstüzung gezahlt wurde, weil sie damals noch Lohn von der Bezirke zu erhalten hatten. Wo das der Fall ist, müssen diese Familien jetzt unbedingt für diese ihnen einbehaltenen Wochenunterstüzungen die Nachzahlung verlangen und eventuell den Bescheidweg beschreiten, denn jetzt muß der Mann vier bis sechs Wochen warten, ehe er Lohn von der Bezirke erhält; deshalb muß die vorher einbehaltene Unterstüzung jetzt nachgezahlt werden.
 Schließlich bemerken wir noch, daß solche Kameraden, welche als Urlauber nicht auf dieselbe Bezirke geschickt wurden, auf welcher sie vor der Einberufung zum Kriegsdienst in Arbeit standen, die Verlegung dorthin beantragen können. Wenn die Bezirke es nicht besorgt, auf welcher sie früher arbeiteten, wende man sich an das Bezirke, oder auch gleich an das Generalkommando. Die Militärbehörde hat sicher nicht gewollt, daß die Bergarbeiter weitaus von ihrer Wohnung im Arbeit treten sollen, wodurch ihnen hohe Kosten erwachsen und die Familien geschädigt werden.

Betrifft Nachtrag zu der Broschüre: „Die Rentenansprüche der Kriegsteilnehmer und deren Hinterbliebenen“.

Infolge der neuesten Bundesratsbeschlüsse in bezug auf die Wöhnerinnen beihilfe hat sich ein Nachtrag zu der genannten und von uns herausgegebenen Schrift nötig gemacht. Für die Zahlstellen liegt im heutigen Zeitungspaket für das ihnen selbstergekauft Exemplar ein solcher Nachtrag bei. Für Mitglieder usw., welche das Schriftchen gekauft haben, kann dieser Nachtrag bei uns unentgeltlich bezogen werden. Wir bitten um diesbezügliche Nachbestellungen.

Den dieswöchigen Zeitungspaketen liegen für jede Zahlstelle eine Anzahl Postkarten mit Vordruck bei. Die Vertrauensleute wollen dieselben beim Zurückfordern von Mitgliedsbüchern für vom Kriegsdienst entlassene Mitglieder benutzen. Wir bitten, deshalb, beim Zurückfordern der Mitgliedsbücher nur diese Karten zu gebrauchen. Bei Nachbestellung von Karten wende man sich an die Zentrale in Bochum.

Rechtschutz betreffend.

Bezirk Senftenberg. Wegen Einziehung des Bezirksleiters Brieswig zum Militär bleibt das Bureau in Senftenberg nur eine Woche um die andere auf drei Tage, Mittwoch bis Freitag, geöffnet. Im Monat Mai ist es nur vom 12. bis 14. und vom 26. bis 28. geöffnet, im Juni nur vom 9. bis 11. und vom 23. bis 25. inklusive, und zwar jedesmal von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends. Wir bitten, sich das zu merken, um unnötige Wege zu sparen, weil der Stellvertreter Brieswig nur an diesen Tagen antretend sein kann.

Achtung, niederschlesische Kameraden!

Diejenigen Kameraden, welche ihre Anerkennungsgeldern für das erste Halbjahr 1915 an die niederschlesische Knappschäftskasse in Malbenburg gemeinsam einfinden wollen, können dieselben bis zum 24. Mai beim Kameraden Zulf. Kleinwachter, Hochheide, Wolltehr. 10, entrichten.

Krankenunterstüzungs-Zusatzzahlung.

Unter Vorzeigung des Mitgliedsbuches und des Krankenscheines kann in folgenden Zahlstellen das Krankengeld erhoben werden:
 Wotrop. Jeden zweiten und vierten Sonntag im Monat beim jehigen Kassierer Friedrich Steintweg, Oststraße 14.

Bücherrevisionen.

In folgenden Zahlstellen findet Revision der Mitgliedsbücher statt, und werden die Kameraden gebeten, dieselben bereitwillig, damit den Revisoren unnötige Wege erspart bleiben:
 Altenbochum. Im Monat Mai.
 Drewer. Vom 9. bis 25. Mai.
 Ende. Im 23. Mai.
 Bezirk Rugau. 15. Mai bis 18. Juni. (Durch die Bezirksleitung.)
 Bezirk Widau. 20. Juni bis 15. Juli. (Durch die Bezirksleitung.)

Die Märzabrechnung

war bis zum 30. April von folgenden Zahlstellen bezw. Bezirken nicht eingegangen: Bezirk Gamm: Marl. Bezirk Lünen: Weddinghofen. Bezirk Castrop: Sodingen. Bezirk Linden: Wankenstein, Ebborn. Bezirk Essen-Ost: Mittenfeld, Geisingen. Bezirk Werra: Bergheim, Hohenmerisch, Halberberg, Gomburg. Bezirk Oberhausen: Röhren. Bezirk Dortmund: Gudarbe. Bezirk Lahm: Dillkreis. Wülfingen, Salburg. Bezirk Rauenfelder Grund: Altenberg. Bezirke: Halle, Nordhausen, Senftenberg.

Sterbetafel

- Im April 1915 sind folgende Mitglieder gestorben:
- | | |
|----------------------------------|---------------------------------|
| Josef Daba, Boguskiß. | Friedr. Makita, Gostora. |
| Paul Stiller, Gerzen. | Joh. Nuyppil, Myslowitz. |
| Thomas Goh, Balenze. | Kid. Ruffmann, Siffelbe. |
| Karl Schrawacht, Sittapel I. | Karl Grewald, Bergheim. |
| Johann Ferlau, Romen I. | Fritz Kurt, Friedrichsgrün. |
| Bernh. Egerich, Oberloquitz. | Joh. Rietzelt, Sawodzie. |
| Wilhelm Kuhfent, Sülbe. | Michael Huber, Bergberg. |
| Adolf Bedter, Annen I. | Josef Spicker, Bergberg. |
| Yos. Krämer, Gelfenröthen I. | Gustav Killemann, Steele. |
| Georg Fröhlich, Dortmund V. | Johann Buch, Rothhausen. |
| Lorenz Bradzial, Krach. | Hugo Jakob, Gersdorf. |
| Ernst Schmitz, Milheim-Ruhr. | Karl Weigel, Widau. |
| Lorenz Pawek, Sodingen. | Joh. Rehnert, C.-Bergerhausen. |
| Karl Strieck, Bochum I. | Albert Rehdick, Goltzen. |
| Friedr. Stidan, Döpel II. | Abalbert Stowski, Sülth. |
| Friedr. Sappe, Hütensleben. | Heinrich Giringhaus, Ebing I. |
| Friedr. Lehmann, N.-Sprachhöbel. | Max Trommer, Oberplanitz. |
| Friedr. Schöffel, Dortmund III. | Fr. Vohlfart, Bormh.-Durchholz. |
| Walthermann Traber, Hütensleben. | Josef Kargus, Unterpeisenberg. |
| G. Pleischmann, Auf dem Schnee. | Heinr. Kranab, Wassen I. |
| Franz Göttermann, Nebra. | Paul Wallmann, Dinslaken. |
- Wir werden das Andenken der Verstorbenen in Ehren halten!